

antikap



**Gemeinsam
gegen Rechts**

Gemeinsam gegen Rechts

Die jüngsten Landtagserfolge der AfD, die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten, die Niederschlagung der landesweiten feministischen Proteste im Iran, die komplette Entmenschlichung der afghanischen Frauen durch das Talibanregime oder das russische Regime, das für 2025 40% seines Etats für Militär und innere Sicherheit ausgeben will. Eines scheint klar: die extreme Rechte ist global wieder auf dem Vormarsch.

Die aktuelle antikap widmet sich daher der Rechtsentwicklung und dem Rechtsextremismus – in seinen verschiedenen Ausprägungen, zahlreichen Folgen für die Gesellschaft und mit der strategischen Frage, wie die rollende Lawine überhaupt noch zu bremsen sein wird.

Die liberalen Demokratien Europas sind längst schon zum Tummelplatz für Rechtsextreme geworden, die die verschiedenen sozialen Sphären – von Sozialen Medien und alternativen «News» über Demos im Schulterschluss mit einschlägigen Neonazis bis in die Parlamente auf allen Verwaltungsebenen – geschickt bespielen. Überall gehen sie jeweils so weit wie möglich an den Rand der sozialen Erwünschtheit, um faschistoide Gedanken und Sprache Stück für Stück zu normalisieren. Und die liberal-bürgerlichen Kräfte verausgaben sich unterdessen kontinuierlich mit derselben Strategie, die im Endeffekt nur weiter zur Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts beiträgt: Man übernimmt die rassistischen, antifeministischen, homophoben, transphoben und arbeiterfeindlichen Diskurse, anstatt dagegenguzuhalten und Alternativen zu bieten [siehe Abb.rechts](#).

In diesem Sinne wollen wir aufzeigen, wie sich Rechtsentwicklung und Faschismus auf der Ebene von öffentlichen Diskursen manifestieren und wie sich diese Diskurse bereits deutlich nach rechts verschoben haben [S.6](#). Das Beispiel der Alternative für Deutschland (AfD), des Rassemblement National (RN) sowie der Reconquête zeigen dabei, wie rechtsextreme Parteien sich faschistischer Narrative

(sinnstiftende Erzählungen) und Verschwörungstheorien bedienen, um sich als «Retter:innen der Nation» inszenieren zu können.

Mit Blick auf die Schweiz [S.12](#), die sich gerne als demokratischsten und neutralen Hub in Europa brüstet, wollen wir der Entstehungsgeschichte der SVP auf den Grund gehen. Die gesellschaftlichen Konfliktlinien, an welche die SVP bei ihrem Aufstieg anknüpfen konnte, sagen nicht nur etwas über den reaktionären und rechtskonservativen Charakter der SVP aus, sondern auch über ihre soziale Rolle in der Schweiz.

Im imperialistischen oder kolonialistischen Expansionsdrang findet der Rechtsextremismus und der Rechtsautoritarismus seine aussenpolitische Entsprechung. Die Leidtragenden sind Zivilist:innen. Aktuell im Libanon, in Palästina, im Sudan, in der Ukraine, in Niger, in Kurdistan etc. In der aktuellen Ausgabe der antikap können wir uns leider nicht allen Betroffenen von Imperialismus, Besatzung, Vertreibung und Ermordung widmen, auch wenn ihnen allen unsere Solidarität gebührt. Vor dem Hintergrund des israelischen Genozids an der palästinensischen Bevölkerung beschäftigen wir uns mit der zionistischen Hegemonie von Benjamin Netanyahu und der extremen Rechten in Israel sowie dem starken Einfluss des israelischen Militärs auf die Politik und Gesellschaft [S.26](#). In einer historisch-kritischen Auseinandersetzung leuchten wir aus, wie die extreme Rechte das jüdische Sicherheitsbedürfnis instrumentalisiert und kritische Kräfte unterdrückt.

Die Neigung zum Rechten beginnt aber schon im Kleinen, nämlich bei uns selbst. Rechtsextremismus, faschistoide Vorstellungen ziehen Männer proportional mehr an als FLINTA* – und das nicht ohne Grund. Antifeminismus und das Wiedererstarken der Rechten sind nämlich eng mit Männlichkeitsvorstellungen verknüpft. In einem Interview mit Kim Posster [S.22](#) wollen wir Männlichkeit an sich, aber auch kritische Männlichkeit kritisch hinterfragen.

Und auch wenn sich rechtsextreme Tendenzen auf höchster Verwaltungsebene zeigen, treffen sie in ihrer Brutalität dann doch wieder Einzelpersonen. Die neue Reform des Gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) ist das beste Beispiel dafür [S.18](#). Die Forderungen nach Bewegungsfreiheit oder Kritik an der Rüstungs- und «Sicherheitsindustrie» sind daher integraler

Teil des Widerstands gegen den Kapitalismus und die mittlerweile normalisierten rechtsextremen Positionen.

Damit allein haben sich die strategischen Aufgaben für die nächste Zeit aber noch alles andere als erledigt. Gegenwärtig leben wir leider (noch) in einer Welt, in der keine breiten sozialistischen Bewegungen den Ton angeben. Doch deswegen darf man den richtigen Befund, dass der Faschismus eine Daseinsweise des Kapitalismus in der Krise sei, nicht so drehen, als seien ausschliesslich antikapitalistische Kreise es wert, mit ihnen antifaschistische Bündnisse zu knüpfen. Die historische Linke hat schon einmal den Fehler begangen, mit nicht-sozialistischen linken Kräften nicht zusammenzuarbeiten, und so einen grossen Teil der Arbeiter:innen, die dort organisiert waren, a priori nicht angesprochen. Gleichzeitig können wir, die wir für linke Prinzipien einstehen, weil der Fehler im kapitalistischen System selbst liegt, nicht einfach bürgerliche Positionen übernehmen. In Auseinandersetzung mit der Strategie der Einheitsfront [S.38](#), wie sie Leon Trotzki seinerzeit vorschlug, wollen wir uns also damit auseinandersetzen, wie im Hier und Jetzt die Arbeiter:innenschaft breit mobilisiert werden kann, ohne dabei das systembrecherische Moment aufzugeben.

Die gebetsmühlenartige Betonung rechtsextremer Parteien, Organisationen und Kreise, dass sie nicht rassistisch seien, weil sie die sogenannte «legale» Migration ja guthiessen, dass sie nicht homophob seien, nur nichts mit der vermeintlichen «Trans- und Genderideologie» anfangen könnten etc., hat System und ist nichts weiter als ein Teilen und Herrschen der Lohnabhängigenklasse auf Zeit, ähnlich wie vor 90 Jahren:

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler.

Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Martin
Niemöller

Die Redaktion

Europa

Die faschistischen Narrative der europäischen Rechts-extremen

S. 6

Schweiz

Der aufhaltsame Aufstieg der SVP

S. 12

Migration

Rechtsruck und Logik der Migrationspolitik

S. 18

Interview mit Kim Posster

(Kritische) Männlichkeit und Faschismus

S. 22

Zur politischen Lage in Israel

Wie das jüdische Sicherheitsbedürfnis instrumentalisiert wird

S. 26

Sport

Fussballkurven im Links-Rechts-Schema?

S. 35

Einheitsfronttaktik

Über die Aktualität der kommunistischen Einheitsfronttaktik

S. 38

Ideensammlung

Was tun gegen Rechts?

S. 43

Abonniere Antikap

antikap ist die Deutschschweizer Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus und erscheint derzeit zweimal jährlich.

Sie versteht sich als Ergänzung zu unserer Webseite sozialismus.ch, auf der wir wöchentlich aktuelle Beiträge veröffentlichen. Obwohl die antikap unentgeltlich hergestellt wird, fallen für Druck und Versand Kosten an.

Ob wir den Erscheinungsrhythmus erhöhen, hängt auch von der Unterstützung unserer Leser:innen ab.

Für 10 CHF kannst du die antikap ein Jahr lang (Frühlings- und Herbstausgabe) abonnieren. Über zusätzliche Spenden oder ein Soliabo sind wir dir sehr dankbar.

Adresse Zeitschrift antikap, Hammerstr. 178, 4057 Basel.

IBAN CH33 0900 0000 1523 8267 2



Die Übersicht zeigt, wie stark die Rechtsausen-Parteien Europas schon auf dem Vormarsch sind. Folgend die verwendeten Parteien für die Grafik. (Aufsteigend in Wählerprozenten)



Ultra-konservative, nationalistische, autoritäre, neo-faschistische und rechts-populistische Parteien in Europa sind wieder auf dem Vormarsch. Im Wirrwarr der parlamentarischen Politik erstarkt eine Ansammlung von Rechtsausen-Parteien, welche mit harter Rhetorik das Verständnis der bürgerlichen Demokratie verändern und eine reelle Gefahr für marginalisierte Gruppen, Linke und ganz grundsätzlich die Arbeiter:innen sind.

**Éric Zemmour lehnt das Konzept der Integration zugewanderter Menschen ab.
Stattdessen soll das Prinzip der Assimilation gelten.
Dazu gehört auch, Vornamen, die nicht Teil des christlichen Kalenders sind, zu verbieten.**



«Der Bürgerkrieg ist schon da!»

Die faschistischen Narrative der europäischen Rechtsextremen

Rechtsextreme Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) oder der französische Rassemblement National (RN) werden immer populärer. In zahlreichen Ländern gelingt es rechtsextremen Parteien, vom verloren gegangenen Vertrauen in die «traditionellen Volksparteien» und dem Unmut der Menschen zu profitieren und sich als vermeintliche «Retter der Nation» zu inszenieren. Um diese Parteien bekämpfen zu können, ist es wichtig, zu verstehen, mit welchen Strategien sie so viele Menschen zu überzeugen vermögen.

David Ales, BFS Basel

Die Sehnsucht nach nationaler Wiedergeburt

1991 veröffentlichte der britische Historiker Roger Griffin das Buch *The Nature of Fascism*. Darin definierte er den Faschismus als eine politische Ideologie, dessen mythischer Kern ein populistischer Ultranationalismus ist, der auf die Neugeburt einer mythologischen Volksgemeinschaft abzielt, die so nie existiert hat.¹ Laut Griffin gehen Faschist:innen davon aus, dass die jeweils eigene Nation «krank» ist und unterzugehen

droht. Dieser Zustand soll überwunden werden, indem die eigene Nation mit einem radikalen und ultranationalistischen Projekt wiederbelebt und neugestaltet wird. Zentral ist ein Gefühl der ständigen Bedrohung der eigenen Existenz und die Sehnsucht nach einer neuen, heroischen und nationalen Identität, die an vergangene, vermeintlich glorreiche Zeiten anknüpft.

¹ „Fascism is a political ideology whose mythic core in its various permutations is a palingenetic form of populist ultra-nationalism.“ Griffin, Roger: *The nature of fascism*, London; New York 1993, S. 27

Tatsächlich lässt sich diese Vorstellung historisch bei vielen faschistischen Bewegungen finden. Die nationalsozialistische Propaganda beispielsweise behauptete in den 1920er und 1930er-Jahren unermüdlich, dass das «deutsche Volk» durch den «jüdischen Weltbolschewismus» und das «Versailler Diktat», eine als ungerecht empfundene Nachkriegsordnung, erstickt werde. Der deutsche Faschismus sollte das eigene Volk vor der kommunistischen Bedrohung ausserhalb (Sowjetunion) und innerhalb (KPD, Gewerkschaften) retten. Gegner:innen des Faschismus wurden verfolgt, als «Ungeziefer» oder «Parasiten» entmenschlicht und als «volksschädigend» gebrandmarkt. In der biologistisch-völkischen Weltsicht des deutschen Faschismus galt es, den «deutschen Organismus» von all demjenigen zu befreien, der ihn krank machte und zu zerstören drohte. Leo Trotzki – einer der besten Beobachter und Analytiker des deutschen Faschismus – bezeichnete die nationalsozialistische Bewegung als «epidemische Verzweiflungshysterie der Mittelschichten»², deren Anhänger:innen durch Hass, Verzweiflung und die ständige Angst vor dem Untergang getrieben seien.

Identität, Stigmatisierung, Gewaltverherrlichung

Die Rhetorik der NSDAP eines bedrohten «Volkes» erfüllte gleich mehrere Aufgaben. Erstens waren diejenigen, die der faschistischen Propaganda Glauben schenkten, bereit, sich vorbehaltlos der Partei, den Institutionen und Gesetzen unterzuordnen. Das Gefühl der ständigen Bedrohung erlaubte es den Anhänger:innen zweitens, sich nicht als Täter:innen, sondern als Opfer zu sehen, die im Sinne der Selbstverteidigung handeln. Der unabdingbare Kampf gegen «volkszersetzende» Elemente diente somit drittens auch der Legitimierung und Normalisierung von Gewalt, Verfolgung, Hass und Antisemitismus.

Die AfD – von rechtskonservativ zu rechtsextrem

Im Februar 2013 gründete eine Gruppe von rund 20 Personen die Partei Alternative für Deutschland (AfD). In ihrer Anfangsphase vereinte die Partei nicht nur rechtsextreme, sondern überwiegend Mitglieder aus dem rechtskonservativ-bürgerlichen Lager. In der Folge bildeten sich verschiedene Gruppierungen innerhalb der AfD. 2015 formierte sich der rechtsextreme «Flügel» (Selbstbezeichnung), eine Gruppierung um Björn Höcke **rechts** und Hans-Thomas Tillschneider, die alles daransetzte, die Partei auf einen völkisch-nationalistischen Kurs zu bringen. Die «Flügel-Leute» waren äusserst erfolgreich. Die Mehrheit des rechtskonservativen Parteikaders verliess nach und nach die Partei oder knickte

programmatisch ein. Mittlerweile gilt Björn Höcke, zusammen mit dem rechtsextremen Publizisten Götz Kubitschek, als unumstrittener Strippenzieher der AfD.

«Sie lösen unser Deutschland auf wie ein Stück Seife»

Höcke versteht es ausgezeichnet, den drohenden Niedergang Deutschlands heraufzubeschwören und seine Zuhörer:innen in Panik zu versetzen. In einer Rede von 2017³ prangert Höcke etwa die «erbärmlichen Apparatschiks» der «Altparteien» an, die daran arbeiteten, Deutschland «abzuschaffen»:

«Unser einst intakter Staat befindet sich in Auflösung, seine Aussengrenzen werden nicht mehr geschützt, er kann die innere Sicherheit nicht mehr garantieren, das Gewaltmonopol erodiert zusehends durch Inkaufnahme rechtsfreier Räume und der allgemeine Rechtsverfall schreitet voran. Unsere einst geachtete Armee ist von einem Instrument der Landesverteidigung zu einer durchgegenderten multikulturalisierten Eingreiftruppe im Dienste der USA verkommen.»



Björn Höcke strebt die ~~Remigration~~ von Millionen Menschen aus Deutschland an. Diese soll mit einer Politik der «wohltemperierten Grausamkeit» umgesetzt werden.

Die deutschen Städte – so Höcke – seien zu «Brutstätten von Kriminalität und Gewalt» und zur «Heimstätte von radikalen Islamisten» geworden. Das deutsche «Volk» sei durch «Geburtenrückgang» sowie «Masseneinwanderung» «erstmalig in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht». Höckes Rede gipfelt in der aufschlussreichen Aussage, die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten 1945 habe zum Ziel gehabt, Deutschland seiner «kollektiven Identität» zu rauben:

« Ich glaube, dass der Bürgerkrieg (...) schon da ist. Wenn jemand im Bataclan mehr als 100 Leute mit einer Kalaschnikow massakriert, heisst das Bürgerkrieg. » *Éric Zemmour*

«Man wollte uns mit Stumpf und Stiel vernichten, man wollte unsere Wurzeln roden. Und zusammen mit der dann nach 1945 begonnenen systematischen Umerziehung hat man das auch fast geschafft.»

«Ich glaube, dass der Bürgerkrieg [...] schon da ist. Wenn jemand im Bataclan mehr als 100 Leute mit einer Kalaschnikow massakriert, heisst das Bürgerkrieg. [...] Wenn man einem Lehrer die Kehle durchschneidet und sein Kopf auf der Strasse rollt, heisst das Bürgerkrieg.»

Um den Untergang Deutschlands abzuwenden – so Höcke – brauche es eine «erinnerungspolitische Wende um 180 Grad» und einen «ehrlichen, vitalen, tief begründeten und selbstbewussten Patriotismus».

Die positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus bekräftigt Höcke auch 2023, als er seinen Zuhörer:innen mehrere Male mit der wohlbekannten SA-Parole «Alles für Deutschland!» einheizt. Im September 2024 wurde die AfD mit rund 33% der Wählerstimmen stärkste Partei im Bundesland Thüringen. Höcke ist Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag.

Der Bürgerkrieg ist schon da

Noch extremer äussern sich führende Parteikader der französischen Rechtsextremen. Der Gründer und Vorsitzende der 2021 gegründeten rechtsextremen Partei «Reconquête» (Rückeroberung) – *Éric Zemmour* **Bild S. 5** – schürt nicht nur Angst vor einem aufkommenden Bürgerkrieg, er behauptet sogar, dieser sei schon da. In einem Interview⁴ auf dem französischen Sender BFM TV 2021 beschreibt Zemmour Frankreichs Lage wie folgt:

Ins gleiche Rohr bläst Marion Maréchal (Le Pen), die in den vergangenen Jahren ihre langjährige Mitgliedschaft beim Rassemblement National (RN) zugunsten von Zemmours Reconquête aufgegeben hat, nur um einige Jahre später wieder zum RN zurückzukehren. Ebenfalls Bezug nehmend auf Attentate mit islamistischem Hintergrund zeichnet sie ein Bild von Frankreich, das auf Grund von Einwanderung und «Islamisierung» einem ständigen «Dschihad» ausgesetzt ist:

- 2 Trotzki: Gesammelte Werke: Schriften über Deutschland I, 1971, S. 308–309.
- 3 Die Höckerrede im Wortlaut, veröffentlicht vom Tagesspiegel: <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemutzzustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html>
- 4 *Éric Zemmour*: «Je pense que la guerre civile est déjà là». <https://www.youtube.com/watch?v=7TlzpghKRx0>
- 5 L'interview de Marion Maréchal sur BFMTV en intégralité. <https://www.youtube.com/watch?v=BNqmlQb7paY&t=2820s>

«Immigration führt nicht zu einem Anschluss der Zugewanderten, aus dem einfachen Grund, dass der Islamismus sich in Frankreich durch eine Form des Dschihad niedriger Intensität konstituiert und entwickelt.»⁵

Zemmour, Marechal (und Höcke) sind – wie wohl die Mehrheit der europäischen und US-amerikanischen Rechtsextremen – überzeugte Anhänger:innen der Theorie des «Grossen Austausches» (*Grand Remplacement*). Diese geht davon aus, dass die christlich «einheimische» und weisse Bevölkerung der europäischen Länder aufgrund der «massenhaften» Immigration aus muslimischen Ländern allmählich verdrängt und ersetzt wird. Wie für rechts-extreme Theorien üblich, werden dabei nicht nur Migrant:innen – in diesem Falle Muslim:innen – als existenzielle Bedrohungen stilisiert, sondern auch die «Eliten» an der Macht als heimliche Strippenzieher ausgemacht. Zemmour beschuldigt Jean-Luc Mélenchon, die wichtigste Figur der parlamentarischen Linken Frankreichs, immer wieder, den «Multikulturalismus» und die Zuwanderung voranzutreiben, weil er damit seine eigene Wählerbasis vergrößere.

In der Logik Zemmours entspricht es dem Wunsch des globalisierten Kapitals und der davon profitierenden Eliten, auf Zuwanderung und «Multikulturalismus» zu setzen, weil dies billige Arbeitskräfte ermöglicht und die nationale Identität der Bevölkerung schwäche. Reconquête ist denn auch der Versuch, Arbeiter:innen, Rentner:innen und Teile der «nationalorientierten und patriotischen Bourgeoisie» in einer gemeinsamen Partei zu vereinen, um gegen Globalisierung, «Multikulturalismus» und den «grossen Austausch» vorzugehen.

Obgleich Zemmours Reconquête eine vergleichsweise kleine Partei geblieben ist, darf ihre Strahlkraft nicht nur bis in den RN, sondern in das gesamte bürgerliche Lager und deren Wähler:innenbasis, nicht unterschätzt werden. Den französischen Rechtsextremen ist es gelungen, die Verschwörungstheorie des grossen Austausches und die ständige Angst des Niedergangs der französischen Identität zu einer vermeintlichen Banalität werden zu lassen, die von Millionen Menschen geteilt wird.

« **Auf ideologischer Ebene gehört das ständige Sich-Bedroht-Fühlen zum Kern des faschistischen Bewusstseins. Es führt zu Verzweiflung, einer Opferidentität und zur Bereitschaft, sich gewaltsam gegen diejenigen zu wenden, die für die eigene Situation verantwortlich gemacht werden.**

Was tun?

Es ist wichtig, zu verstehen, dass die Theorien und Narrative (sinnstiftende Erzählungen) der extremen Rechten in einem Kontext allgemeiner gesellschaftlicher Verunsicherung und grosser sozio-ökonomischer Probleme auf einen fruchtbaren Nährboden fallen. Laut einer Erhebung von Conspiracy Watch stimmten 2017 48 Prozent der befragten Französinen und Franzosen der Aussage zu, wonach es ein Projekt der politischen, medialen und intellektuellen Eliten gebe, welches «die Ersetzung einer Zivilisation durch eine andere» zum Ziel habe.⁶ Auch in Deutschland wird die Angst, durch muslimische Zuwanderung selbst ersetzt zu werden, von vielen geteilt. Laut einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung stimmen 25 Prozent der These vom grossen Bevölkerungsaustausch zu.⁷

1 Die Solidarität und der gemeinsame Kampf mit all denjenigen Menschen und Gruppen, die von rechter und rechtsextremer Propaganda betroffen sind und für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht werden. Hier gilt es glaubwürdig aufzuzeigen, dass die sozio-ökonomischen Probleme und die Verunsicherung der Bevölkerung nicht das Resultat ebendieser Gruppen sind, sondern Folgen der kapitalistischen Politik der letzten Jahrzehnte.

2 Die Ängste der Menschen ernst nehmen. Das bedeutet ausdrücklich nicht – wie dies Sahra Wagenknecht und viele andere tun – sich fremdenfeindlichen, «anti-woken» oder sonst rechten Positionen anzunähern oder diese zu verharmlosen. Eine anbietende Haltung an rechte Denkmuster hat noch nie funktioniert, wenn es darum geht, diese zu bekämpfen. Ernst nehmen heisst, zu verstehen, dass diese Ängste existieren und so lange fortbestehen und politisch kanalisiert werden können, solange es keine glaubhafte linke Alternative zu neoliberalen und rechtsextremen Positionen und Gesellschaftsentwürfen gibt. In diesem Sinne wäre die Entstehung einer glaubwürdigen und wahrnehmbaren antikapitalistischen Bewegung das beste Mittel, um gegen rechtes Gedankengut vorzugehen.

3 Eine klassenkämpferische Perspektive formulieren: Auch wenn die radikale Linke derzeit äusserst schwach ist und schlecht auf die aktuelle politische Lage vorbereitet ist, müssen wir alles daran setzen, ein klassenkämpferisches Kollektivbewusstsein zu fördern. Dazu gehört insbesondere, aufzuzeigen, dass die tatsächlichen Gefahren unserer heutigen Zeit – namentlich die Klimakrise, Aufrüstung und Kriege, Armut und Ausgrenzung – globale Probleme sind, auf die es nur eine internationalistische und solidarische Antwort geben kann.

Auf ideologischer Ebene gehört das ständige *Sich-Bedroht-Fühlen* zum Kern des faschistischen Bewusstseins. Es führt zu Verzweiflung, einer Opferidentität und unter Umständen zur Bereitschaft, sich gewaltsam gegen diejenigen zu wenden, die für die eigene Situation verantwortlich gemacht werden. Das sind derzeit vor allem Muslim:innen, geflüchtete Menschen, Linke, Feminist:innen und die LGBTQ-Community.

All das bedeutet nicht, dass alle Menschen, die rechtsextremen Ideen (teilweise oder zeitweise) verfallen, überzeugte Faschist:innen sind oder sein werden. Aber die Popularisierung eben dieser Denk- und Bewusstseinsmuster ist äusserst gefährlich und muss uns dazu veranlassen, nach Gegenstrategien zu suchen. Dazu gehört in meinen Augen:

6 C'est un projet politique de remplacement d'une civilisation par une autre organisé délibérément par nos élites politiques, intellectuelles et médiatiques et auquel il convient de mettre fin en renvoyant ces populations d'où elles viennent. https://www.ifop.com/wp-content/uploads/2018/03/3942-1-study_file.pdf

7 Demokratievertrauen in Krisenzeiten. <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf>

Christoph Blocher mit Treicheln nach knapper Ablehnung der EWR-Vorlage 1992.



Der aufhaltsame Aufstieg der SVP

Die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) dominiert seit etwas mehr als dreissig Jahren die Schweizer Politik. Das politische System der Schweiz setzt zwar – anders als die der Nachbarländer – für eine Regierungsbeteiligung keine regierungsfähigen Mehrheiten voraus. Doch als Verkörperung der historischen Synthese der traditionsreichsten Koalition der Schweiz stellt die SVP durchaus einen grossen Machtfaktor: Jener zwischen dem ländlichen Bauernstand und dem städtischen Kapital. Um den «historischen Block» (Gramsci) der Schweiz sowie die «Innovation» zu verstehen, die die SVP darin seit den 1990er Jahren darstellt, ist ein Blick in die Schweizer Geschichte vonnöten.

Danilo Meunier und Peter Hänggli, BFS Basel

Schweizer Staatsgründung und alte Eliten

Seit der Herausbildung der modernen Schweiz als Nationalstaat im 18. und 19. Jahrhundert standen sich in der Schweiz zwei Lager unversöhnlich gegenüber: Die alten, papsttreuen, katholischen Eliten der ländlichen Innerschweiz auf der einen und die reformierten, städtischen bürgerlichen Eliten auf der anderen. Nach einem kurzen und verhältnismässig unblutigen Bürgerkrieg (dem sogenannten Sonderbundkrieg 1847) zwischen den Lagern formierte sich 1848 unter der Führung der liberalen Gebiete der Schweiz der moderne Bundesstaat. Die siegreichen Liberalen waren darauf bedacht, der unterlegenen katholisch-konservativen Schweiz weitgehende Zugeständnisse in Form einer föderalistischen Struktur mit einigen Selbstverwaltungskompetenzen zu geben (unter anderem das Subsidiaritätsprinzip, welches Probleme auf der kleinstmöglichen politischen Ebene angehen will). Trotzdem waren in den ersten 50 Jahren der modernen Schweiz praktisch ausschliesslich FDP-Vertreter (das Frauenwahlrecht wurde in der Schweiz erst 1971 eingeführt) an

der Landesregierung beteiligt. Die CVP, die sich im frühen 20. Jahrhundert als politische Kraft der katholisch-konservativen Gebiete herausbilden würde, war bis zu diesem Zeitpunkt quasi inexistent.

Das Verhältnis im jungen Bundesstaat war bis dahin aber keineswegs harmonisch: Die politische Auseinandersetzung zwischen diesen beiden «Schweizen» ging als Kulturkampf in die Schweizer Geschichte ein. Obschon der konstitutive Gegensatz zwischen den beiden Lagern ein weltanschaulicher war, der sich um die Fragen der Gewaltenteilung, der Säkularisierung und der Macht des Papstes drehte, umfasste er ebenfalls eine materielle Dimension: Die wirtschaftlich erfolgreichen *Städte* (Zürich, Basel, Bern) mit ihrem aufstrebenden Grossbürgertum standen auch nach der Bundesstaatsgründung 1848 den katholischen *Land*-Gebieten der Innerschweiz, des Oberwallis und Fribourg mit ihren alten klerikalen Eliten gegenüber. Dieser Stadt-Land-Konflikt im Inneren war eine Hypothek für die erst im Entstehen begriffene Schweiz, die im Gegensatz zu anderen Nationalstaaten in Europa ohnehin weder ethnisch homogen war noch über eine gemeinsame Sprache verfügte.

« Im späten 18. Jahrhundert waren die katholischen Bäuer:innen sogar den sozial fortschrittlichen Kräften gegenüber nicht abgeneigt.

Arbeiter:innenbewegung und Bürger-Bauern-Block

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die sozialistische Arbeiter:innenbewegung immer stärker. Im Zuge der revolutionären Umwälzungen am Ende des 1. Weltkrieges in Europa kam es 1918 auch in der Schweiz zu einem Generalstreik, an dem sich 250 000 Arbeiter:innen beteiligten, was gut einem Viertel der aktiven lohnabhängigen Bevölkerung entsprach. Der Generalstreik jagte dem Bürgertum einen massiven politischen Schrecken ein und fortan suchte es nach Ideen, wie die Arbeiter:innenbewegung in Schach gehalten werden konnte, ohne materielle Konzessionen zu machen.

Das Bürgertum setzte dabei auf zwei unterschiedliche Strategien: Integration und Ausschluss. Einerseits markierten die 1920er-Jahre den Beginn der Integration der Sozialdemokratie in staatliche Entscheidungen sowie der Arbeiter:innenvertretungen und Gewerkschaften in betriebliche Angelegenheiten. Andererseits sollten die unteren gesellschaftlichen Schichten gespalten und ausgegrenzt werden, unter anderem, indem die Bauernschaft in den Bürgerblock integriert wurde.

Die Bäuer:innen, die es damals wie heute offensichtlich sowohl in liberalen wie in katholischen Gebieten gab, waren bis zu diesem Zeitpunkt keine politisch klar umrissene Gruppe. Im späten 18. Jahrhundert waren die katholischen Bäuer:innen sogar den sozial fortschrittlichen Kräften gegenüber nicht abgeneigt. Zudem galten sie als schwer politisch mobilisierbar und einigermaßen unberechenbar. Im Gegensatz zur Arbeiter:innenbewegung hatten sie ein weniger ausgeprägtes Klassenbewusstsein, d.h. ein kollektives Selbstverständnis von sich als eigener sozialer Gruppe, das in einer Fabrik mit vielen Arbeiter:innen auf kleinem Raum viel einfacher entstand als unter verstreut lebenden Bäuer:innen. Um

die Arbeiter:innenbewegung in Schach zu halten, brachten die besitzenden Eliten also die Bäuer:innen gegen sie auf. Dies gelang in der Gestalt des «Bauernführers» Ernst Laur: Er war von der Gründung des Bauernverbands im Jahre 1897 bis zur «Anbauschlacht»¹ im Jahre 1939 dessen Präsident. Er begründete eine sozialromantische Bauerntumsideologie, die postulierte, dass die Schweizer Landwirtschaft nur durch einen Strukturwandel ihren Platz in der sich modernisierenden Schweiz behalten könne. Unter seiner Führung wandelte sich der Bauernstand als Klasse von einer unorganisierten und sozialpolitisch der liberalen Elite gefährlichen Masse zu einer politisch schlagkräftigen Gruppierung.²

Ländliche Massenbasis für eine kapitalfreundliche Politik

Ernst Laurs Lobbyarbeit wäre aber nicht so erfolgreich gewesen, wenn sie nicht ein unbequemes Problem der liberalen Eliten gelöst hätte: In einem Land wie der Schweiz, das noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen massiven Stadt-Land-Gegensatz aufwies, der durch konfessionelle Grenzen verstärkt wurde, mussten die gesellschaftlich dominanten Fraktionen der Liberalen eine Form der Klassenallianz mit Teilen der katholisch-konservativen Landeseliten suchen. Da kam Laurs «Kuhhandel» genau zur rechten Zeit: Die Bäuer:innen erhielten politischen Einfluss und im Laufe der Jahrzehnte steigende staatliche Unterstützung (diese Alimentierung meinte Laur wohl mit seinem Strukturwandel) und die liberalen Grossbürger:innen erhielten ideologische und elektorale Rückendeckung von den ländlichen Gebieten in der gesamten Schweiz, die nun stramm anti-proletarisch politisiert wurden. Unter dem Aufgebot ländlicher Soldaten wurde nicht nur der Generalstreik 1918 im wahrsten Sinne des Wortes zusammengeschnitten. Die starke anti-kommunistische Ideologie, die sich in den Zwischenkriegsjahren entwickeln würde, beruhte sogar auf einem idealisierten Bild des «Schweizerbauern», das mit der Lobbyarbeit von Menschen wie Laur Gestalt erhielt und bis heute nachwirkt.

Soweit klingt das eigentlich schon nach dem Erfolgsrezept der SVP: Rechtskonservative Heimattümelei wird mit kapitalfreundlichen Positionen kombiniert. Oder noch etwas lapidarer: solange Glencore und UBS kräftig das Buurezmorge mitfinanzieren, ist allen gedient. Hier gerät allerdings der oben eingeführte konstitutive Konflikt der Schweizer Bundesstaatsgründung etwas in den Hintergrund. Unter Laurs Führung gelang den Bäuer:innen zwar der Pakt mit den bürgerlichen Eliten, in dem antisozialistische Positionen gegen eine staatliche Alimentierung des Bauernstandes getauscht wurden. Doch damit war der Stadt-Land-Konflikt zwischen protestantischer und katholischer Schweiz noch nicht beigelegt. Noch



Armee gegen den Landesstreik

immer waren die ländlichen Gebiete des ehemaligen Sonderbunds in der CVP organisiert und die städtischen Gebiete der Eidgenossenschaft in der FDP.

Hier erhielt nun die SVP ihren Auftritt. Nachdem die CVP Mitte der 1960er Jahre sich von ihrem steinzeitlichen Katholizismus, vom Papst und dadurch auch ein Stück weit von ihrem Alleinvertretungsanspruch der ehemaligen Sonderbundsgebiete los sagte, verlor die katholische ländliche Schweiz ihre politische Kraft. Obwohl die Umbenennung dann noch etwa 50 Jahre entfernt war, wurde damals der Grundstein für die vorstädtische Familienpartei «Die Mitte» gelegt. Die SVP trat also in einer Konstellation auf die Bühne der Geschichte, wo das Bauerntum der liberalen Gebiete bereits organisiert werden konnte und zugleich die ländlich-katholische Bevölkerung politisch mobilisierbar geworden war.

Geschichte der SVP nach 1971

Bevor die SVP es schaffte, konfessionsübergreifend die ländlich-reaktionäre Schweiz in einer politischen Kraft zu organisieren, war sie eine politisch eingemittete Bauernpartei der protestantischen, ländlichen Schweiz.

Die SVP entstand 1971 aus einem Zusammenschluss der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und der Demokratischen Partei (DP, vertrat nach ihrem eigenen Anspruch Bäuer:innen, Gewerbetreibende und Vertreter:innen freier Berufe). Dieses Erbe erklärt auch das weiterhin präsente Selbstbild als Bauernpartei.

Die SVP verstand sich zu dieser Zeit vor allem als Mittelpartei, was sich nach wie vor in den französischen und italienischen Namen widerspiegelt:

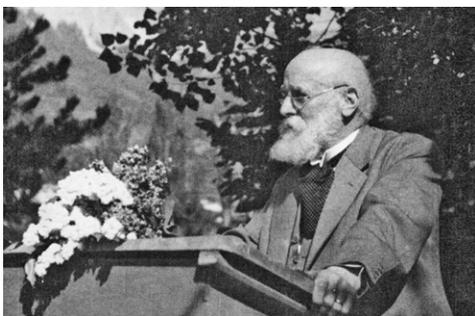
Union démocratique du centre und *Unione democratico di centro*, also Demokratische Zentrumsunion. Daraus würde sie jedoch politische Positionen entwickeln, die für andere Rechtsaussenkräfte in Europa eine Vorbildfunktion haben.

Neuausrichtung und Aufstieg in den 1990er-Jahren

Nach ihrer Gründung wuchs die Partei nur langsam und hatte in den 1980er Jahren ca. 10–12% Wähleranteil. In den 1990er-Jahren begann dann der eigentliche Aufstieg der SVP. Sie profitierte davon, dass sich traditionelle Parteibindungen zur FDP (lange die stärkste bürgerliche Partei der Schweiz) und vor allem zur CVP aufweichten und sich die SP von der Arbeiter:innen- zur Mittelstandspartei wandelte, die den bürgerlichen Staat aktiv mitträgt. Der politische Diskurs wandelte sich, wohl auch begünstigt durch die Auflösung der UdSSR, immer mehr ins Nationalkonservative, was der Zürcher Sektion der SVP die Möglichkeit bot, den Diskurs zu dominieren. Die Zürcher SVP war aus der Tradition

- 1 Die Anbauschlacht («Plan Wahlen») war ein Teil der Schweizerischen Landesverteidigung im 2. Weltkrieg, bei der durch massive staatliche Investitionen der Selbstversorgungsgrad erhöht werden sollte. Obschon die Erfolge bescheiden waren und der Selbstversorgungsgrad der Schweiz auch am Höhepunkt der Aktion nicht viel mehr als zwei Drittel betrug, stellte sie einen ideologischen Erfolg von Laurs Idealisierungen dar: Die Schweiz festigte in diesen Jahren ihr Selbstbild als wehrhafte Bauern- und Soldatennation.
- 2 Seine Bestrebungen waren so erfolgreich, dass im Jahre 1951 die Schweiz sogar seine Forderung der «Erhaltung eines gesunden Bauernstandes» im Landwirtschaftsgesetz als dessen Ziel unterbringen konnte.

des erzkonservativen Teils des Zürcher Bürgertums gewachsen, dessen wichtigste Figur in den 1960er und 1970er-Jahren James Schwarzenbach war.³ Die SVP und vor allem der damalige Präsident der Zürcher Sektion, Christoph Blocher, konnte mit isolationalistischen Positionen wie etwa der Ablehnung des Beitritts zur UNO 1986 oder des Beitritts zum europäischen Wirtschaftsraum EWR 1992 (in der sie als einzige Partei die Nein-Parole vertrat) profilieren und Wahlerfolge einstreichen. Der kometenhafte Aufstieg der SVP fiel aber auch zusammen mit der Strukturkrise der Landwirtschaft in den 1990er-Jahren, in denen nach Jahrzehnten des Ausbaus der Subventionen auf einmal Liberalisierungen und Marktöffnungen drohten. Da die CVP ihr bäuerliches Stammklientel der katholisch-konservativen Gebiete immer mehr aufgab, ergaben sich neue Chancen der politischen Mobilisierung für die Rechten.



Rede einer Landsgemeinde von Ernst Laur, eine der einflussreichsten Persönlichkeiten im öffentlichen Leben der Schweiz in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

Die SVP konnte auch bei anderen Themen wie Asylrecht und repressiven Strafprozessordnungen zunehmend bürgerliche (Protest-)Wähler:innen gewinnen, die sich durch FDP und CVP nicht mehr vertreten fühlten. Durch das Aufsammeln von Mandatsträger:innen von extrem rechten Splitterparteien wie den Schweizer Demokraten (SD) oder der Freiheitspartei der Schweiz (FPS) wurde die SVP noch stärker, rutschte allerdings auch weiter nach rechts.

1999 wurde die SVP zum ersten Mal stimmenstärkste Partei bei den Parlamentswahlen, 2003 dann auch stärkste Partei nach Sitzen im Nationalrat. Danach beanspruchte sie auch einen 2. Bundesratsplatz. Christoph Blocher vermochte es in der Bundesratswahl 2003 knapp, der CVP einen Sitz abzuziehen. 2007 konnte die SVP mit 62 Sitzen gewonnenen Nationalratssitzen sogar fast den bisherigen Rekord der FDP von 1919 mit 63 Sitzen knacken. Sie gewann nun auch in der Romandie zunehmend Stimmen, wo sie lange nur eine kleine Rolle gespielt hatte.

Im Sommer 2007 löste das rassistische Schäfchenplakat heftige Diskussionen aus. Das Plakat erhielt auch international viel Aufmerksamkeit und

inspirierte andere Rechtsparteien. Das Plakat steht symptomatisch für die Kommunikationsweise der SVP mit starken Vereinfachungen, klaren Sündenböcken und vermeintlich simplen, in der Regel ausländer:innenfeindlichen, Lösungen. Dies alles löste Grundsatzdebatten zum Arbeitsstil der politischen Rolle und Regierungsbeteiligung inner- und ausserhalb der SVP aus.

Die SVP hat nach wie vor einen hohen Wähleranteil von knapp 30%. 2015 erreichte sie ihr bisher bestes Resultat bei Parlamentswahlen mit 29,4%. Damit erzielte sie schliesslich auch den neuen Sitzrekord mit 65 Sitzen im Nationalrat.

Rassistischer Konservatismus gepaart mit nationalistischem Neoliberalismus

Der Fokus der SVP liegt auf klassischen rechtskonservativen und neoliberalen Positionen wie der Abgrenzung gegen das Ausland, einem Gesellschaftsmodell mit konservativen Geschlechterrollen und einem möglichst kleinen (Sozial-)Staat, der die Bürger:innen der «Eigenverantwortung» überlässt, der Wirtschaft möglichst viel Freiheit lässt und die Steuern möglichst niedrig hält. Ausbau der Sozial- und Bildungspolitik sowie der Beitritt zu internationalen Bündnissen (UNO, EU, Schengen/Dublin) ist ihr ein besonderer Dorn im Auge. Schwerpunkte sind Ausserpolitik, Einwanderung und innere Sicherheit sowie Steuer- und Sozialpolitik. Zu diesen Themen befindet sich die Partei in einem durch viele vermögende Spender:innen finanzierten (nicht offengelegten) Dauerwahlkampf.

Mit Vorliebe findet die SVP Sündenböcke für ihre aktuellen Themen in marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Besonders beliebt sind Personen mit migrantischem Hintergrund, die als Sozialschmarotzer:innen, gewalttätig und faul (während sie gleichzeitig den Schweizer:innen die Jobs wegnehmen ...) bezeichnet werden. Unter diesen Personen sind wiederum muslimische (oder muslimisch wirkende) Personen beliebt, wie aktuell überall in der westlichen Welt. Aber auch Personen mit einer Einschränkung werden gerne unter den Generalverdacht des Erschleichens einer IV-Rente gestellt. FINTA-Personen brauchen für die SVP im besten Falle keinen speziellen Schutz und sind im schlimmsten Fall nach amerikanischem Vorbild für den «Zerfall der Gesellschaft» verantwortlich (Übernahme des Bildes von Trans-Menschen als Feindbilder aus den USA).

³ Dass aber auch damals noch in den reaktionären Kräften der Schweiz die kulturellen Auseinandersetzungen der Bundesstaatsgründung relevant waren, zeigte sich unter anderem darin, dass der Protestantensohn Schwarzenbach als Erwachsener zum Katholizismus konvertierte.

« Solange Glencore und UBS kräftig das Buurezmorge mitfinanzieren, ist allen gedient.

Volksinitiativen wie z.B. die «Masseneinwanderungsinitiative» 2014 sorgen neben ihrer klar rassistischen Ausrichtung auch für rechtliche Diskussionen und werden immer mal wieder für ungültig erklärt. Da dabei des Öfteren das Völkerrecht zitiert wird, möchte die SVP gerne Schweizer Recht über dieses stellen. Auch die Rassismusstrafnorm, mit der Exponent:innen der SVP immer wieder ins Gehege kommen, wird als Einschränkung der freien Meinungsäusserung gesehen.

Die SVP steht dem Vorhandensein der Klimakatastrophe betont skeptisch gegenüber, der aktuelle Präsident Markus Dettling scheut nur knapp davor zurück, den menschengemachten Wandel des Klimas ausdrücklich zu leugnen und zweifelt somit auch die Notwendigkeit von Umweltschutz an. Konsequenterweise befürwortet die SVP somit auch den ausgedehnten Individualverkehr mit dem Ausbau von Autobahnen, lehnt Lenkungsabgaben oder Verbote von klimaschädlichen Energieträgern ab, wie generell alles, das «der Schweizer Wirtschaft schaden könnte».

Alles in allem schafft die SVP den Spagat zwischen rassistischem Konservatismus und einem nationalistisch neoliberalen Programm. Den unzufriedenen Bürger:innen bietet sie klare Sündenböcke und simple Lösungen für ihre Probleme an, während sie gleichzeitig dafür sorgt, dass es dem Kapital in der Schweiz möglichst wohl ist.⁴

Fazit

Diese unwahrscheinliche «Geld-und-Gülle»-Allianz aus Bäuer:innen und Grossbürger:innen lässt sich also vor dem Hintergrund der Schweizer Staatsgründung noch einmal besser verstehen. Die Kuhhandel des frühen 20. Jahrhunderts zwischen liberalen Städter:innen und katholisch-konservativen Landbewohner:innen – Agrarsubvention und Protektionismus gegen die Bekämpfung der

Arbeiter:innenbewegung – scheinen in Gestalt der SVP weiterhin fortzudauern und sogar noch effektiver organisiert zu sein, weil sie nicht mehr durch konfessionelle Grenzziehungen gehemmt sind. Wenn etwa der heutige Bauernpräsident Markus Ritter (der nicht zufälligerweise eine Büste von Ernst Laur auf seinem Bürotisch stehen hat) mit der Economiesuisse ein Nein der Bäuer:innen für die Konzernverantwortungsinitiative gegen ein Nein der Wirtschaftsverbände zur Pestizidinitiative tauscht, zeigen sich die altehrwürdigen Seilschaften noch immer im Machtpoker.

Ein Teil des Erfolgs der SVP besteht also darin, dass sie es immer wieder geschafft hat, durch Themen des Kulturkampfes nebenbei den liberalen und bürgerlichen Eliten Mehrheiten für kapitalfreundliche Politik zu organisieren – diese vergelten es ihr durch sprudelnde Parteispenden und gezielte Klientelpolitik im Agrarbereich. Mit den gut gefüllten Kassen wiederum kann die Partei sich den hochprofessionell geführten Dauerwahlkampf leisten. Die Haus-Werbeagentur GOAL ist spezialisiert darauf, die Positionen der SVP reisserisch und aufmerksamkeitserregend zu visualisieren. Das Resultat landet an gefühlt jeder zweiten Plakatwand. Diese Professionalität hat wohl auch dazu geführt, dass die Plakate gerade auch im Ausland auf viel Aufmerksamkeit stossen.

Dass diese «Geld-und-Gülle»-Allianz aber nicht in Stein gemeisselt ist, sondern mit der materiellen Lage des Elektorats zusammenhängt, zeigte sich 2024 bei den beiden «Pannen» im Normalbetrieb des Machtpokers des historischen Blocks: Das Ja zur 13. AHV und das Nein zur BVG-Reform wurden zwar von NZZ und Konsorten schnell wieder auf die üblichen rassistischen und sexistischen Wahrnehmungsschemata reduziert, zeigen aber doch einen Entzug von Unterstützung an, der die Liberalen nachdenklich stimmen müsste. Obschon die SVP-Wähler:innen noch genauso stramm rechts wählen wie zuvor, haben sie bewiesen, dass der schlanke Staat und die ungezähmte Wirtschaft keine unantastbaren Voraussetzungen für ihr Stimmverhalten sind.

4 Vor allem die Junge SVP, die die Positionen der Mutterpartei oft noch provokativer und anstössiger vertritt, wird in letzter Zeit, auch aus den eigenen Reihen, für enge Kontakte zu rechtsextremen und neo-faschistischen Organisationen wie der «Jungen Tat» kritisiert. Bei einem SRF-Interview ausdrücklich darauf angesprochen, weigerten sich JSVP-Präsident Nils Fiechter und Strategiechefin Sarah Regez konsequent, sich von solchen Organisationen zu distanzieren. Zudem machen sich durchaus auch Vertreter:innen der Mutterpartei rechts-extreme Schlagwörter und Konzepte wie den Begriff der ~~Remigration~~ zu eigen.

Binnenvertreibung aufgrund von Naturkatastrophen

im Jahr 2022

32.6 Mill.

Neu Vertriebene verbunden mit Katastrophen

148

Länder der Welt mit Katastrophen

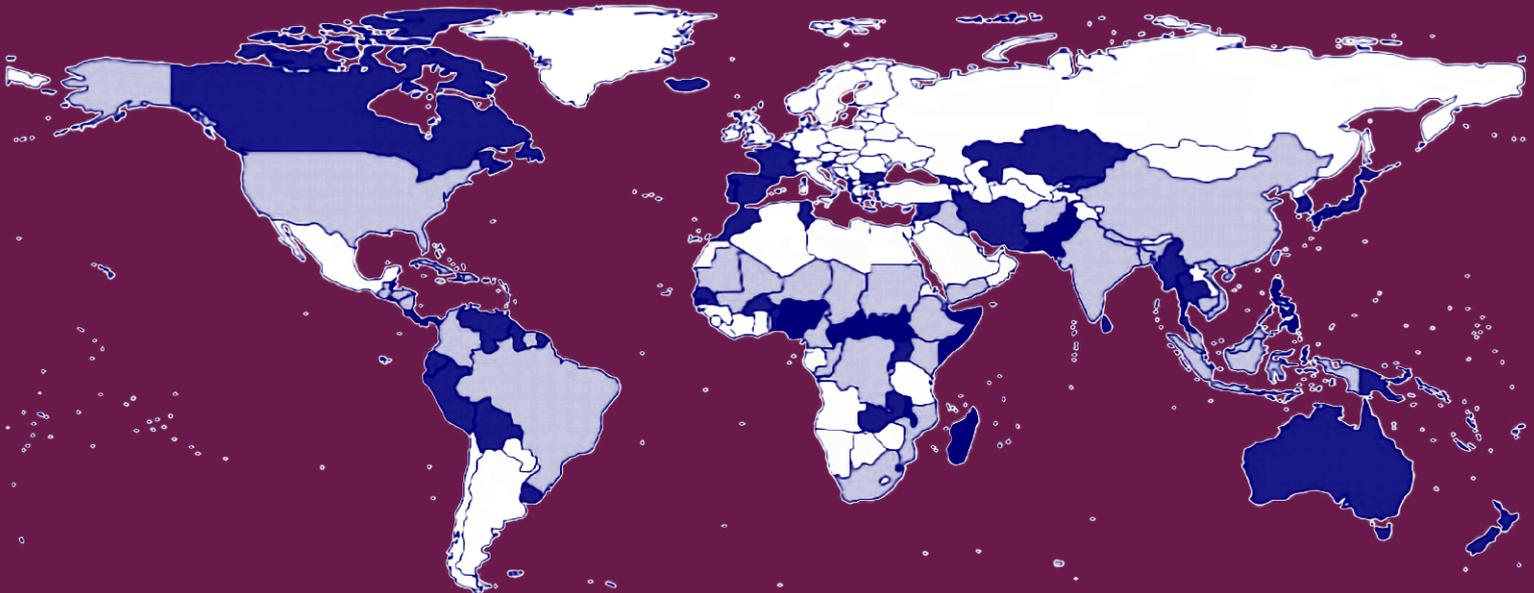
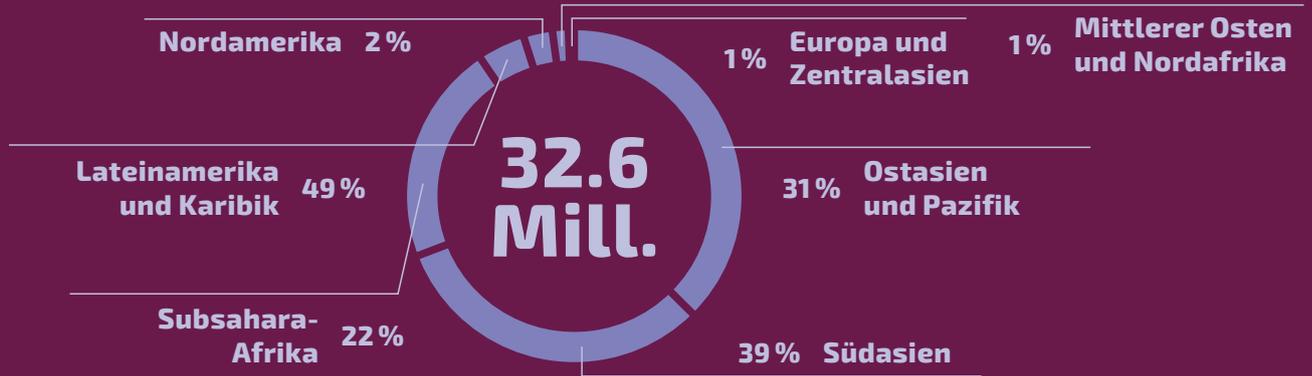
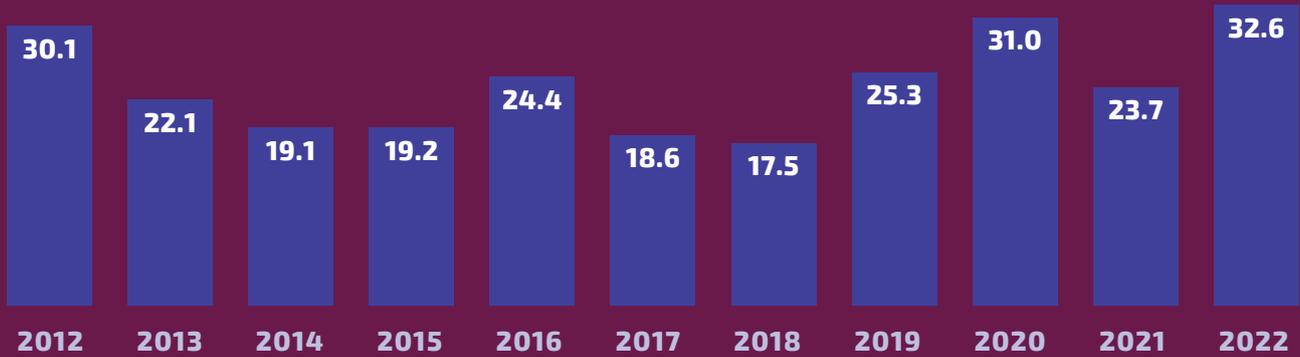
11 274

Vertriebene pro Million Einwohner

62

Vertriebene pro Minute

Millionen Menschen



Rechtsruck und Logik der Migrationspolitik

Die Migrationspolitik ist in den letzten Jahren massiv nach rechts gerückt. Früher noch verachtete, rechte Positionen sind zum Mainstream geworden. Der sozialdemokratische deutsche Bundeskanzler fordert auf der Titelseite vom Spiegel, dass Deutschland «im grossen Stil abschieben» solle. Die deutsche Sozialdemokratie und die Grünen tragen die neue Reform des Gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) mit. Weshalb entwickelt sich Europa immer weiter nach rechts in der Migrationspolitik? Und welche Logik verfolgt das europäische Migrationsregime?

August Bremel, BFS Zürich

Ursprung der Migration

Fluchtursachen sind vor allem Kriege, politische Repression, Armut und Naturkatastrophen (verstärkt durch die Klimakrise). Im Jahr 2023 waren 117 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten davon fliehen innerhalb ihres Heimatlands. Und mehr als zwei Drittel der Geflüchteten, die ihr Heimatland verlassen, gehen in Nachbarländer. Afghanistan, Syrien, Venezuela, Ukraine und Sudan sind die Länder aus denen am meisten Menschen flohen.¹

Seit der Kolonialisierung des globalen Südens durch europäische Staaten ist die Entwicklung dieser Weltregionen auf ungleiche Weise miteinander verbunden. Die kapitalistischen Klassen Europas bereicherten sich an der Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften aus den Kolonien und nutzten die Kolonien als Absatzmärkte für ihre Waren und

Kapitalexporte. Heute gibt es kaum noch formelle Kolonien, doch es besteht weiterhin eine wirtschaftliche und politische Abhängigkeit. Diese wird einerseits aufrecht erhalten über Institutionen wie der Internationale Währungsfonds, der Staaten, die vor einem Staatsbankrott stehen, Kredite gewährt. Diese werden an Bedingungen geknüpft, die in der Regel Privatisierungen, Deregulierung und die Öffnung für internationale Grosskonzerne beinhalten. Darüber hinaus sichern sich die imperialistischen Mächte mit Krieg und Terror den Zugang zu Rohstoffen und Märkten.

Dieses imperialistische Weltsystem, das das Kapital in reichen Ländern konzentriert und deshalb zu einer Konzentration der Armut und Elend in den anderen Weltregionen führt, ist die Hauptursache für Migrationsbewegungen. Das gleiche, auf ständigem und unbegrenztem Wachstum basierende imperialistische und kapitalistische System, hat auch zu einer historisch einmaligen globalen ökologischen Krise geführt. Auch hierfür liegt die Verantwortung bei den reichen Ländern des globalen Nordens (allein die USA und Europa sind für über 50% der historischen CO₂ Emissionen verantwortlich).²

1 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen>

2 <https://sites.manchester.ac.uk/global-social-challenges/2022/07/16/its-time-for-the-global-north-to-take-responsibly-for-climate-change/>

Die Auswirkung der Klimakrise betreffen hingegen Gebiete im globalen Süden am stärksten. Seit 2008 wurden über 376 Millionen Menschen zu «Klimageflüchteten» – 92% davon in Subsahara-Afrika, in Süd- und Ostasien und in Ozeanien (Stand 2023).³

Bild S. 17

Zur Aufrechterhaltung dieser globalen Strukturen von Ausbeutung und (Klima-)Ungerechtigkeit ist es notwendig, die Bewegungsfreiheit der Menschen im globalen Süden einzuschränken. Damit wird eine globale Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen verhindert. Die Forderung nach Bewegungsfreiheit ist daher nicht nur aus moralischen Gründen eine wichtige Forderung. Sie greift auch die kapitalistisch-imperialistische Weltordnung an ihren Grundfesten an.

Entwicklungen in der europäischen Migrationspolitik

Als Reaktion auf die Krise des Migrationsregimes 2015/2016 hat sich Europa immer mehr abgeschottet und Migrant:innen wieder in nichteuropäische Drittstaaten ausgelagert. Italien baut in Albanien Internierungslager für (oder besser gesagt gegen) Asylsuchende, um sie in Schnellverfahren möglichst rasch abzuschicken. Die Ausgaben für die sogenannte «Grenzschutzagentur» Frontex sind seit 2015 von 142 Millionen auf 922 Millionen 2024 mehr als

versechsfacht worden. Frontex soll bis 2027 10.000 Beamte haben (2019 waren es noch 700, sowie 1300 von EU-Staaten entsandte «Grenzschützer»).⁴ Die Geflüchteten-Camps an den Aussengrenzen werden zu haftähnlichen Internierungslagern ausgebaut, die häufig fernab von Städten und Dörfern gelegen sind. Sie sind mit dutzenden Kameras ausgestattet, mit Drehkreuzen und Chipkarten, Lautsprechern, Röntgenscannern usw.⁵



Das Geflüchteten-Camp in Samos (Griechenland). Dieses Lager dient als Vorbild für den Bau weiterer Lager, die wie Hochsicherheitsgefängnisse funktionieren.

Für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten gibt es nie genug Ressourcen, aber Milliarden für Überwachungstechnologien für die Festung Europa hat es immer. Dieselben Konzerne, die sich mit Waffenlieferungen an Kriegen, die zu Flucht führen, bereichern, verdienen sich dann nochmals eine goldene Nase mit der Aufrüstung der Festung Europa. Kein Wunder, spielt doch die europäische Rüstungs- und «Sicherheitsindustrie» mit ihrer starken Lobby eine gewichtige Rolle bei der Ausformulierung der Politik der militarisierten Aussengrenzen in der EU Politik.⁶

Die Krise des Migrationsregimes 2015/2016 konnte nur durch ein Abkommen mit der Türkei ausgelagert werden. In der Folge nahm die Türkei 3.1 Millionen syrische Geflüchtete auf, mehr als doppelt so viele wie alle EU-Staaten zusammen. Im Gegenzug erhielt die Türkei 6 Milliarden Euro von der EU, sowie lockerere Visa-Bestimmungen und zudem wurde die Zollunion ausgebaut.⁷ Auch mit anderen autoritären Staaten gibt es Abkommen, zwischen

«**Wir müssen aber bei der ganz grossen Mehrheit, die ohne Asylgrund illegal in die Schweiz einreist, viel härter durchgreifen. Die schiere Masse junger Männer aus muslimischen Ländern kann unsere freiheitliche Gesellschaft zersetzen**»

Thierry Burdckhart, Präsident der FDP

³ [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/698753/EPRS_BRI\(2021\)698753_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/698753/EPRS_BRI(2021)698753_EN.pdf)

⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1172183/umfrage/budget-der-europaeischen-agentur-fuer-die-grenz-und-kuostenwache-frontex/> und <https://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/frontex-soll-bis-2027-auf-10-000-beamte-ausgebaut-werden/>

⁵ <https://dasneuemoria.eu/>

⁶ <https://corporateeurope.org/en/lobbying-fortress-europe>

⁷ <https://www.dw.com/de/eu-t%C3%BCrkei-abkommen-der-deal-zur-abschreckung/a-56870596> und <https://www.deutschlandfunk.de/eu-tuerkei-abkommen-milliarden-statt-migranten-100.html>



Die Demonstration «Zwischen uns keine Grenzen» Ende September in Bern, gegen Verschärfungen des Asylrechts und für das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen. 20. September 2024

2021 und 2023 zahlte die EU an Libyen, Tunesien, Marokko und Ägypten 150 Millionen Euro, im Gegenzug sollten diese Staaten Migration nach Europa verhindern. 2024 schloss die EU ein Abkommen mit der ägyptischen Regierung ab, das ihr 7.4 Milliarden Euro zusicherte, im Gegenzug soll Ägypten die Migration nach Europa reduzieren⁸. Die strukturellen Menschenrechtsverletzungen, mit welchen viele dieser Staaten ihren EU-Auftrag ausführen sind allgemein bekannt und werden von der EU in Kauf genommen. Dabei weigert sich die EU, von ihr selbst in Auftrag gegebene Berichte über die Menschenrechtslage in diesen Ländern zu veröffentlichen.⁹ Dieses Jahr hat das EU-Parlament mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) einem drastischen Angriff auf der Rechte von Geflüchteten zugestimmt. Das GEAS beinhaltet unter anderem Asyl-Schnellverfahren ohne Rechtsschutz, die Ausweitung der Überwachung von Geflüchteten und die Möglichkeit, einen Krisenfall zu erklären, in dem das Asylrecht noch weiter eingeschränkt werden kann.¹⁰

Die Logik des europäischen Migrationsregimes

Doch wieso schottet sich Europa so dermassen ab? Es gibt einen riesigen Bedarf an Arbeitskräften aufgrund der Bevölkerungsentwicklung: Es werden in

den nächsten Jahren viele Menschen pensioniert, ohne dass eine entsprechende neue Generation in den Arbeitsmarkt nachrückt. Schon jetzt ist überall von Fachkräftemangel die Rede.¹¹

Gleichzeitig wird Panik geschürt vor der sogenannten «Massenmigration». Die Hetze wird betrieben von Rechtsausen bis in die sogenannte Mitte, sowie von Teilen der Sozialdemokratie und der Grünen. Der FDP-Präsident lässt seiner Islamophobie bei einem Interview in der NZZ freien Lauf, wo er sagt:

8 <https://www.rnd.de/politik/eu-schottet-sich-gegen-fluechtlinge-ab-neue-deals-der-neuen-kommission-CDSKFDAM6BA5RDYK3RVKU3K32U.html>

9 <https://www.theguardian.com/world/2024/oct/23/eu-refuses-to-publish-findings-of-tunisia-human-rights-inquiry>

10 Genauere Ausführungen, sowie eine Einordnung zur Reform vom GEAS haben wir bereits einen Artikel veröffentlicht: <https://sozialismus.ch/antirassismus/2024/mit-abschottungspolitik-gegen-rechts/>

11 Der sogenannte «Fachkräftemangel» hängt natürlich zu einem grossen Teil auch mit miserablen Arbeitsbedingungen zusammen (gerade im Gesundheitssektor, in dem der Fachkräftemangel besonders akut ist).

«Wir müssen aber bei der ganz grossen Mehrheit, die ohne Asylgrund illegal in die Schweiz einreist, viel härter durchgreifen. Die schiere Masse junger Männer aus muslimischen Ländern kann unsere freiheitliche Gesellschaft zersetzen.»¹²

Kürzlich wurde in der Schweiz die Abschaffung des Rechts auf Familiennachzug von vorläufig Aufgenommen nur durch öffentlichen Druck verhindert. Die Rechte gewinnt Wahl nach Wahl mit ihrer Hetze gegen Geflüchtete. Liberale und konservative und Teile der grünen und sozialdemokratischen Parteien übernehmen rechtsradikale Positionen.

Was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint, folgt grundsätzlich den Interessen des Kapitals. Europa will die Migration nicht vollständig stoppen, sondern vollständig kontrollieren. Gerade in Angesicht der sich abzeichnenden weiteren Eskalation der geopolitischen Lage und der Verschärfung der ökologischen Krise, sollen repressive Instrumente zur Migrationskontrolle gestärkt werden. Ziel ist es die Migration nach dem Bedarf der kapitalistischen Klassen Europas zu steuern: Es soll nur so viel und diejenige Migration nach Europa zugelassen werden, wie es dem Kapital nützt. In der unternehmer:innenfreundlichen deutschen Tageszeitung Handelsblatt hat ein Ökonom zum Beispiel folgenden abscheulichen Vorschlag gemacht:

«Deutschland sollte einen globalen Onlinetest einführen, der auf die Anforderungen der hiesigen Unternehmen abgestimmt und direkt mit der Erteilung einer befristeten Arbeitserlaubnis verbunden ist.»¹³

Dennoch gibt es erkämpfte Asylrechte, die Menschen vor Verfolgung schützen sollen. Diese Rechte werden jedoch immer stärker angegriffen (z.B. mit dem Versuch, das Recht auf Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene abzuschaffen) und in der Realität oft nicht umgesetzt.

Die massive Entmenschlichung und Repression von Asylsuchenden an der Grenze und dann innerhalb Europas soll nicht nur weitere Geflüchtete abschrecken. Die systematische Entrechtung dient auch dazu, den Wert ihrer Arbeitskraft zu senken, sie strukturell in ausbeuterische Arbeitsbedingungen zu zwingen und ihren Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen einzugrenzen. Durch Einschränkungen in der Erlaubnis, Lohnarbeit nachzugehen, werden viele Asylsuchende durch Beschäftigungsprogramme ohne oder mit extrem niedriger Entlohnung ausgebeutet. Auch werden Menschen ohne Papiere und/oder Arbeitserlaubnis in den informellen Sektor gezwungen und sind dort

jenseits von jeglichen Arbeitsschutzregulierungen der schrankenlosen Ausbeutung ausgesetzt. Wenn eine Arbeitserlaubnis erteilt wird, führt der Druck von Sanktionen oder Problemen mit dem Migrationsamt dazu, dass sie so gut wie jede Arbeit annehmen müssen, die angeboten wird. Egal wie schlecht die Arbeitsbedingungen sind. Zudem werden Migrant:innen auch durch die oftmalige Nicht-Anerkennung von Abschlüssen und Zertifikaten aus ihren Herkunftsländern systematisch in den Niedriglohnbereich gedrängt.

Es gibt aber neben der ökonomischen auch eine politische Dimension der fortschreitenden Verschärfung des Migrationsregimes. Das neoliberale Regime steckt in einer tiefen Krise und die radikale Rechte schafft es leider, sich als (Schein-)Alternative dazu zu positionieren. Wir haben gesehen, wie schnell die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien bereit sind, allfällige humanistische Überzeugungen aus dem Fenster zu werfen und die menschenverachtende Rhetorik der radikalen Rechten zu übernehmen, um zu versuchen, den Rechten die Wähler:innen abzugraben. Wir haben auch gesehen, dass die Argumentation, man könne so den Rechtsrutsch verhindern, Unsinn ist.

Die Diskursverschiebung nach rechts kommt Ihnen gerade gelegen, um die Schuld für die soziale und ökologische Krise, die ihre Politik verursacht hat, der Migration in die Schuhe zu schieben. Als radikale Linke müssen wir dagegenhalten, gegen Verschärfungen im Asylrecht (wie beispielsweise die Reform des Gesamteuropäischen Asylsystems) ankämpfen. Genauso wichtig ist jedoch der Kampf für den gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen für alle; für gute Arbeits- und Lebensbedingungen für alle; und gegen die Ausbeutung migrantischer und aller Arbeiter:innen.

¹² <https://www.nzz.ch/schweiz/die-schiere-masse-junger-maenner-aus-muslimischen-laendern-kann-unsere-freiheitliche-gesellschaft-zersetzen-ld.1846201>

¹³ <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/zuwanderung-so-kann-deutschland-auf-den-fachkraeftemangel-reagieren/100071936.html>

(Kritische) Männlichkeit und Faschismus

Ein Interview mit
Kim Posster

Zora Luchs, BFS Zürich

Zora Luchs Meine erste Frage ist vor allem für die Personen wichtig, die dein Buch «Männlichkeit verraten» noch nicht gelesen haben. Bevor wir dazu kommen, was es bedeutet, Männlichkeit zu verraten und wieso das wichtig ist, fangen wir mit der Frage an: An was scheitern deiner Einschätzung nach bisherige Versuche zur Auseinandersetzung mit Männlichkeit?

Kim Posster In kritischen Männlichkeitsrunden kommen oft verunsicherte Männer zusammen, um ihre männliche Identität zu bearbeiten. Die Ansätze, die sie verfolgen, sind meistens individualisiert und isoliert von konkreten feministischen Problemen, Praxen und Bewegungen. Meist geht es um eine Art Selbstoptimierung, um besser zu sein als andere Männer – als *die toxischen Männer*. Es steht also weniger ein solidarischer, kollektiver Gedanke im Vordergrund, sondern die individuelle Selbstverbesserung. Meist picken sich Männerrunden dabei auch nur die Dinge raus, die sie selbst haben *wollen*. Also zum Beispiel «souveräner Umgang mit feministischer Politik», ein besserer Zugang zu den eigenen Gefühlen oder eine Rhetorik, die dabei hilft, nicht mehr so leicht für den eigenen Sexismus kritisiert zu werden. Und ich denke nicht, dass es Zufall ist, dass diese so isolierten Reflexionsformen meistens eher den Interessen der Männer dienen – weil sie sich eben gerade nicht an feministischen Massstäben orientieren.

ZL Was bedeutet das auf einer praktischen Ebene für uns als Linke, wenn die kritische Männlichkeit oft nur individualisierte Probleme betrachtet und sich nicht entlang feministischer Massstäbe ausrichtet? Wo müssten wir als politische Bewegung, oder wo müssten linke Männer ansetzen, um eine sinnvolle Praxis zu entwickeln und auch zu praktizieren?

KP Das Konzept kritischer Männlichkeit fordert einen reflektierten Umgang mit Männlichkeit. Dies impliziert, dass Mann sich seinen Ausdrucks- und Verhaltensweisen entledigen kann. Anders als die «kritische Männlichkeit» würde ich hingegen nicht versuchen, eine *positive* Männlichkeit zu finden, denn diese gibt es nicht. Stattdessen sollten wir eine negative Abhandlung von Männlichkeit starten. Es soll in dieser Auseinandersetzung nicht um mich gehen, sondern meine Handlungen und mein Handlungsspielraum. Also statt «Wie kann ich ein guter Mann sein?» oder «Gehör ich zu den Guten?» muss ich mir halt die Frage stellen, inwiefern ich als Mann in männerbündischen Strukturen organisiert bin und funktioniere. Es geht darum, Männlichkeit als grundsätzlich problematischer Grundpfeiler des Patriarchats ernst zu nehmen und die Aufrechterhaltung dieser Männlichkeit als gesellschaftlicher Skandal zu verstehen. Aber auch individuell ist auffällig, vor allem bei Männern, denen Männlichkeit am meisten zugesprochen wird, und die das auch

am meisten erfüllen wollen: Die machen halt einfach Probleme. Gerade auch in Bezug auf linke Strukturen und Organisationen: Es gibt immer noch zu viele Männer, die Probleme machen, die männerbündische Strukturen aufrechterhalten, Dominanz ausüben und gewaltvoll sind. Das gehört bekämpft. Denn das ist einerseits einfach scheisse für die Menschen, die das abkriegen, aber schwächt andererseits natürlich auch die eigenen Bewegungen und Gruppen völlig, wenn man Männer unkontrolliert Männlichkeitspolitik machen lässt. Als linke Bewegungen müssen wir uns dagegen wehren, damit nicht reihenweise Frauen und FINTA rausgeekelt werden und damit die eigene Involviertheit in männlichen Seilschaften und internalisierter Sexismus und Misogynie kritisch aufgearbeitet werden. Wir kommen nicht weiter, wenn Männer sich zwar einen Zugang zu den eigenen Gefühlen erarbeiten, doch weiterhin Täterschutz betreiben. Die kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeit muss auf feministische Ziele ausgerichtet sein, damit sie sinnvoll ist.

ZL Wenn wir über Männlichkeit sprechen, kommen wir nicht drum herum, uns Phänomene wie die Incel-Bewegung anzuschauen, die zu etwa 3/4 aus 18- bis 24-jährigen jungen Männern besteht, oder auch die allgemeinere gesellschaftliche Tendenz, dass junge Männer zunehmend (extrem) rechts wählen, während junge Frauen tendenziell links und/oder grün wählen. Siehst du da einen Zusammenhang zur gescheiterten (linken) Männlichkeitskritik? Und anschliessend wäre dann die Frage nach der Überschneidung von Männlichkeit und Faschismus, die ja auch nicht erst seit kurzem existiert. Und doch scheint es so, als ob sich gerade in den vergangenen Jahren eine erstarkte rechte bis rechtsextreme Männerbewegung mit faschistischen Tendenzen bildet. Täuscht dieser Eindruck oder stimmt das tatsächlich?

KP Auf jeden Fall. Wenn wir über Männlichkeit sprechen, sprechen wir nicht nur über Dominanz und Herrschaft, sondern vor allem auch über Unterwerfung. Man muss sich dann zwar den Männlichkeitsanforderungen unterwerfen, und besonders auch dem Staat und dem Kapital. Doch Faschismus ist in dieser Hinsicht dennoch ein attraktives Angebot, obwohl der Faschismus eigentlich noch stärker mit dieser Unterwerfung arbeitet. Allerdings bietet der Faschismus für Männer gleichsam auch viel grössere Möglichkeiten zur Herrschaft und Dominanz über andere. Der Faschismus stellt sich nämlich als Weg zur Stärke und Erneuerung dar und bietet Männern

Kim Posster

lebt in Leipzig und publiziert seit mehreren Jahren zur (praktischen) Kritik an Männlichkeit u.a. in den Zeitschriften konkret, Analyse & Kritik und Jungle World. Er war an mehreren Versuchen der organisierten Reflexion von Männlichkeit beteiligt, die er aber allesamt als gescheitert bewertet. In seinem Buch «Männlichkeit verraten!» (2023) schreibt er über seine Erfahrungen in linken Kreisen und übt Kritik an der aktuellen Praxis von «kritischer Männlichkeit» und Pro-Feminismus. Er plädiert darin stattdessen für eine organisierte Männlichkeitskritik, zu der Männer ein bewusstes und politisches Verhältnis einnehmen müssen.

die Möglichkeit, ausgesuchte Minderheiten – in der Regel nach rassistischen, sexistischen und antisemitischen Linien – zu verfolgen und zu unterwerfen und als minderwertige und schwächende Personen (zu sich) zu definieren. Die eigene Selbsterhöhung nimmt Männern die Skepsis an dieser Herrschaft und wirkt dadurch besonders attraktiv.

Und durch die multiplen Krisen des Kapitalismus und die widersprüchliche Modernisierung der letzten Jahre, wird das Versprechen des Faschismus für Männer nur noch verstärkt. Speziell mit der Integration von Frauen in den kapitalistischen Arbeitsmarkt und ihrem Recht als selbstbestimmte Bürger:innen im kapitalistischen Sinne wird die Widersprüchlichkeit der patriarchalen Erwartung an Frauen als «Gebärmaschinen des Staates» und «Diener:innen der Männer» ersichtlicher. Daraus ableitend lässt sich auch teilweise erklären, weshalb (junge) Männer eher rechts und Frauen eher linksgrün wählen. Das entspricht jeweils eher ihren Interessen.

Incels sind da ein besonderes Phänomen. Sie haben das stark ausgeprägte Verständnis, dass sie, weil sie Männer sind, den Anspruch auf vergeschlechtlichte weibliche Körper und Arbeit haben und gleichzeitig sind sie mit einer Realität konfrontiert, die so nicht mit ihren Vorstellungen übereinstimmt. Speziell in Bezug auf romantische Beziehungen und den Dating-Markt erleben Männer allgemein ein eher neues Phänomen, wobei «romantische» und eheliche Bindungen nicht mehr auf Grund sozialer oder familiären Verbindungen oder ökonomischer Abhängigkeit eingegangen werden. In diesem postmodernen Dating-Markt werden Männer plötzlich selbst zu Objekten, die sich für den Markt herrichten müssen und von Frauen und FINTAs bewertet werden dürfen. Und Incels geben Frauen die Schuld daran und wollen sie in manchen Fällen dafür töten. Dass die Reaktion

auf «Nicht begehrt werden» und «(Sexual-)Objekt für andere sein» in einem solchen Ausmass der vergeschlechtlichten Gewalt endet, sagt meiner Meinung nach sehr viel über Männlichkeit an sich aus. Denn das Teilen Incels mit allen anderen Männern: In der Regel wird nicht gegen die Gesellschaft gekämpft, die diese ganzen (Männlichkeits-)Anforderungen aufstellt, sondern Frauen werden dafür gehasst, dass sie einem nicht dabei dienen diese Anforderungen zu erfüllen.

ZL Gibt es noch etwas, was du Genossen konkret auf den Weg geben möchtest?

KP Ja. Wenn die Genossen von sich meinen, dass sie einen feministischen Anspruch haben, also nicht nur eine moralische Begründung im Sinne von «Feminismus – Daumen hoch, Sexismus und Sexualisierte Gewalt – Daumen runter», dann muss man(n) bei sich anfangen. Da, wo man lebt, wo man organisiert ist, wo man arbeitet. Dort beginnen, Männlichkeits- und männerbündische Strukturen, diese zu erkennen und zu hinterfragen und bekämpfen.

Und ich kann Ihnen versprechen, dass sie dabei auf Widersprüche und Widerstände stossen werden, die sie auch mit der eigenen Männlichkeit und Männerbündelei konfrontieren werden. Sich selbst als Mann zu verändern, braucht man dann nicht mehr als ausgesuchtes Programm, das wird so einfach zu einer Notwendigkeit.

**Chline Bueb, irgend-
einisch wirsch du
verstah, dass die Wuet
uf Angscht berueht
und din Vater selber
Angscht hett gha.**

**Glaub niemerem, wo
seit, du wirsch e
starche Mah. Du blibsch
chli ih dim Herz und
blibsch fiin, wenn du
lehrsch, s'Patriarchat
isch e Lügi, wo dir
d'Liebi verwehrt.**

**Ih gseh, s'tuet weh,
wenn du d'Wörter nid
fingsch, wenn du dis
Herz nid versteisch.
Will du nie hesch dörfe
lose, nie hesch dörfe
rede.**

**Träne sind für Loser
und de Pauseplatz kom-
promislos. [...] Chline
Bueb, schön bisch du no
da jetzt. Wenn du nöd
wotsch, muesch du nie
eh Mah si.**

**Chline Bueb, es chunnt
Grosses uf di zue.**

Alwa Alibi (2022): Chline Bueb.
Album: Vo müede Fisch und stiu Ching.



Supplément illustré de L'ANTJUIF



FREE PALESTINE

BRIGADA

Wie das jüdische Sicherheitsbedürfnis instrumentalisiert wird

Zur politischen Lage in Israel

In der zionistischen Utopie sollte Israel den jüdischen Menschen Freiheit und Sicherheit bringen. Inzwischen wirkt es für viele jüdische Israelis aber normal, das über Abschottung, Unterdrückung, Vertreibung und Entrechtung erreichen zu wollen. Rassismus und Angst sind allgegenwärtig. Das Militär ist die wohl stärkste politische Institution. Und linke Kritik wird kriminalisiert.

Max Arendt, BFS Zürich

Die Geschichte vieler jüdischer Gemeinschaften ist geprägt von ethnischer Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung. Sehnsucht nach Freiheit und Hoffnung auf Sicherheit und Selbstbestimmung sind zentrale Elemente etlicher religiöser Schriften und Feste sowie gemeinschaftlicher Erzählungen und Traditionen. An Pessach wird der Ausbeutung der Israeliten durch das pharaonische Ägypten gedacht sowie die Freiheit gefeiert, die durch Gegenwehr und Flucht erlangt wurde. Aber es wird auch daran erinnert, dass Flucht allein – respektive der «Exodus» – noch keine Erlösung bringt, sondern erst die Rückkehr in die Heimat. So wird an Pessach ausserhalb Israels weiterhin Jahr für Jahr gesungen: «Im nächsten Jahr in Jerusalem». Die «Hatikva» (auf Deutsch «die Hoffnung»), seit Ende des 19. Jahrhunderts die Hymne der zionistischen Bewegung und heute auch die israelische Nationalhymne, besingt eine zweitausend Jahre währende jüdische Hoffnung auf ein freies Leben im eigenen Land, im «Land Zion».

Der Topos von Zion als sichere und friedliche Heimat für jüdische Menschen ist zu einem prägenden Element der jüdischen Sozialisierung geworden, zumindest in west- und osteuropäischen jüdischen Gemeinschaften. Dabei war die zionistische Prägung nicht immer gleich stark und ist sie auch heute nicht überall. Wo jüdisches Leben prosperierte, also jüdische Menschen ihre Religion frei ausleben und am allgemeinen gesellschaftlichen Leben teilnehmen konnten, war Zion vor allem ein in Gebeten besungener Sehnsuchtsort. In Zeiten von starkem Rassismus gegen jüdische Menschen, von Ausgrenzung und Pogromen wurde Zion als realpolitisches Ziel relevanter.

← Bildcollage: Von oben links nach unten rechts:

- 1 Moses weist den Israelit:innen mit göttlicher Hilfe den Weg aus der ägyptischen Sklaverei zurück nach Hause – ins gelobte Land Israel.
- 2 Titelseite einer antisemitischen Zeitschrift in Frankreich, um 1900.
- 3 Geflüchtete jüdische Iraker erreichen per Boot das britische Mandatsgebiet Palästina nach dem anti-jüdischen Programm «Farhud» in Bagdad, Irak, 1941.
- 4 Jüdische Menschen beten an der «Westmauer» in Jerusalem, Israel, 1922. Die Westmauer ist ein Relikt des zweiten jüdischen Tempels und die wichtigste jüdisch-religiöse Stätte.
- 5 Die «Exodus» brachte 1947 5000 geflüchtete Shoah-Überlebende von Frankreich ins britische Mandatsgebiet Palästina.
- 6 Ein junger jüdischer Israeli mit einem Gebestbuch in der Hand wird in die Armee eingeschworen.
- 7 Traditionellerweise leisten mehrere israelische Truppeneinheiten ihren Treueschwur gegenüber dem jüdischen Israel bei Masada, wo sich gemäss römischer Überlieferung israelitische Rebellen verschanzt hatten, um die römischen Eroberer zu bekämpfen. Als der römische Sieg unausweichlich schien, sollen die Rebellen Massensuizid begangen haben, um nicht unter römischer Herrschaft zu leben.
- 8 Palästinenser sitzen auf den Ruinen eines von Israel zerbombten Hauses in Gaza, 2014.
- 9 Der israelische Huwara-Checkpoint bei Nablus im Westjordanland.
- 10 «Free Palestine»-Graffiti auf der israelischen Trennungsmauer.

Israel ist (auch) zionistische Utopie für jüdische Emanzipation

Der Zionismus als jüdisch-nationalistische Ideologie etablierte sich im 19. Jahrhundert. Also im Kontext von Kolonialismus und der europäischen (Selbst-)Verständlichkeit von Landraub durch Eroberung oder Kauf, vom allgemein aufkommenden Nationalismus und von Pogromen an jüdischen Menschen in arabischen Ländern, im Maghreb und in Osteuropa. Lange wurden Zionist:innen als Utopist:innen belächelt. Andere Bewegungen waren stärker, darunter Bewegungen zur Assimilierung, zur eigenen «Un-sichtbarmachung» oder zum Erämpfen von Freiheit und jüdischer Selbstbestimmung in der gegenwärtigen Heimat. Es gab stets explizit antizionistische jüdische Bewegungen, darunter bspw. den Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland (1897–1935). Bundist:innen erklärten «doykait» (yiddische Wortkreation, auf Deutsch ungefähr «Hierheit», auf Englisch «Hereness») zu ihrem politischen Ziel, also die Stärkung jüdischer Gemeinschaften da, wo sie (bereits) lebten: «Wo wir leben, ist unser Land!» Auch verschiedene ultra-orthodoxe jüdische Gemeinschaften waren stets antizionistisch, da sie die weltliche Gründung eines Staates Israels gewissermassen als anti-messianischen Akt sahen. Ihrer Auffassung nach kommt das «wahre» Israel erst, wenn der Messias kommt.

Selbst unter Zuflucht suchenden jüdischen Menschen war Palästina nicht immer der ersehnte Zufluchtsort. Flucht- und anderweitige Migrationsbewegungen jüdischer Menschen führten im 19. Jahrhundert zumeist an dieselben Orte, wo auch andere Migrationsbewegungen hinführten, bspw. nach Nord- und Südamerika. So migrierten viele jüdische Menschen aus Syrien und Libanon nach Argentinien, wo es bereits eine grössere libanesische und syrische Diaspora gab. Zwar gab es immer wieder auch jüdische Migrationsbewegungen nach Palästina, doch waren sie zumeist eher klein. Darüber hinaus gab es seit 1840 verschiedene Initiativen jüdischer Zionist:innen für die Errichtung eines jüdischen Staats in Uganda, Upstate New York, in Teilen Argentiniens, in Ecuador oder Australien.

Christliche Zionist:innen riefen hingegen seit Mitte des 19. Jahrhunderts jüdische Menschen weltweit dazu auf, sich wieder in Palästina als Land der jüdischen Vorfahren zu vereinen. Denn nach Auffassung evangelikaler Christ:innen bedeutet der Aufbau einer jüdischen Nation in Palästina die Erfüllung einer biblischen Prophezeiung, die eine Voraussetzung für Jesus' Wiederkunft ist. Auf jüdische Souveränität in Palästina soll nach ihrer Bibelauslegung das siebenjährige Armageddon folgen, währenddem zwei Drittel der jüdischen Menschen grauenvoll stirbt und sich ein Drittel Jesus' Jünger anschliesst. Ein Aufruf evangelikaler Christ:innen zur jüdischen



Wahlplakat des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds, Kiev, 1917. Auf Yiddish (in hebräischer Schrift) steht oben: «Wo wir leben, dort ist unser Land!» und unten: «Eine demokratische Republik! Volle politische und nationale Rechte für Juden».

Besiedelung Palästinas war seit Mitte des 19. Jahrhunderts: «Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land». Jüdische Zionist:innen nahmen den Slogan, der jegliche Existenz eines palästinensischen Volks verneinte, Ende des Jahrhunderts breitflächig auf. Und Verbände von jüdischen Palästinenser:innen und jüdischen Siedler:innen in Palästina versuchten ihn ab 1947 in Form der fortwährenden Nakba (arabisch für «Katastrophe», die gewaltsame Vertreibung von Palästinenser:innen seit 1947) in Wirklichkeit umzusetzen, indem sie arabische Palästinenser:innen enteigneten und vertrieben. Heute verübt Israel einen Genozid am palästinensischen Volk.

Dass sich die Utopie vom autonomen jüdischen Staat schliesslich in Palästina als messianische Erfüllung verwirklichte, lag vor allem an der erstarkenden zionistisch-kolonialistischen Bewegung – und an den politischen Strategien des kolonialen Grossbritanniens im frühen 20. Jahrhundert sowie der europäischen und nordamerikanischen Staatengemeinschaften nach dem Holocaust. Im November 1947 beschlossen die damaligen Weltmächte (viele Staaten waren nach dem Zweiten Weltkrieg finanziell von den USA oder der UdSSR abhängig) im Rahmen des UN-Teilungsplans für Palästina die Auflösung des bisherigen britischen Mandatsgebiets Palästina und dessen Aufteilung in einen palästinensischen und einen jüdischen Staat. Dass sich die Palästinenser:innen vehement gegen den Teilungsplan wehren (würden), ist logisch. Die UNO-Resolution verfügte aber nicht nur die Aufteilung von Land, sondern formalisierte auch auf höchster Stufe die mentale Teilung jüdischer und palästinensischer Menschen in ein «Wir» und ein «feindliches Sie».

Seit seiner Gründung imaginierten jüdische Zionist:innen den Staat Israel als Verkörperung jüdischer Emanzipation, Sicherheit und Freiheit – und religiöse Zionist:innen sehen in Israel darüber hinaus eine messianische Erfüllung. Israel gilt als der sichere Hafen, wohin jüdische Menschen im Falle einer eskalierenden Bedrohung flüchten können, oder zumindest besteht diese Erwartung: Jüdische Menschen fühlen sich in ihrer aktuellen Heimat häufig mehr geduldet denn wirklich willkommen und sitzen deshalb (zumeist sprichwörtlich) auf gepackten Koffern; die Angst vor dem nächsten Pogrom ist vielerorts sehr präsent. Jüdischen Menschen einen sicheren Hafen zu bieten, ist deshalb israelische Staatsräson. So haben jüdische Menschen generell ein Anrecht darauf, sich in Israel niederzulassen und Staatsbürger:innen zu werden. Ganz anders als Palästinenser:innen, denen jegliches Rückkehrrecht verweigert wird. Vor zwei Jahren segnete das israelische Parlament ein neues Gesetz ab, dass selbst mit israelischen Staatsbürger:innen verheirateten Palästinenser:innen ein ständiges Niederlassungsrecht verwehrt.

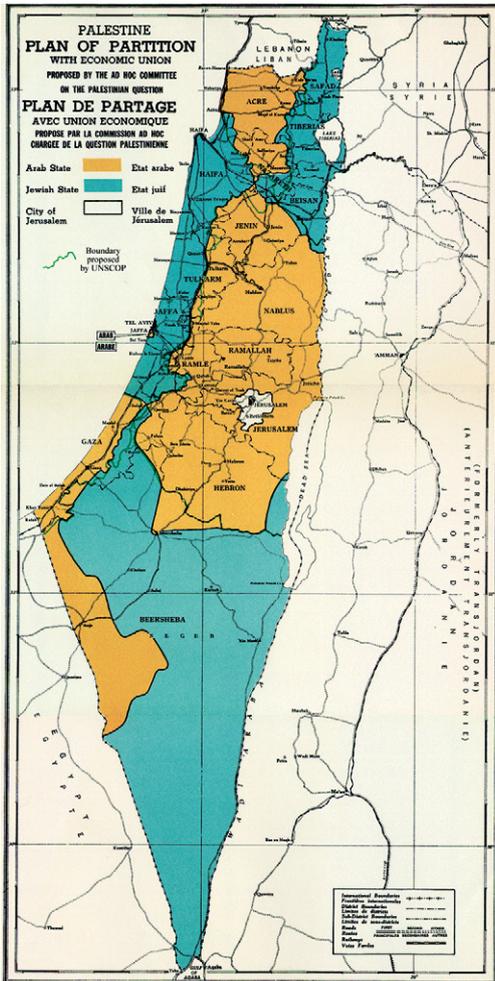
Mit dieser Erwartung eines sicheren Hafens geht bei vielen die Erwartung (militärischer) Stärke einher. Israel müsse in der Lage sein, jüdische Selbstbestimmung resolut zu verteidigen und weltweit zu verhindern, dass es je wieder zu einem Holocaust gegen jüdische Menschen kommt. Während Israel also für viele Jüd:innen (vermeintlich) die Möglichkeit zur langfristig sicheren Teilhabe ohne Assimilierungszwang symbolisiert – in Israel wie global –, bedeutet Israel für Palästinenser:innen Unterdrückung und Entrechtung.

Linke Positionen haben keine politische Durchschlagskraft

Viele linke bis liberale Zionist:innen propagieren damals wie heute die Idee eines autonomen jüdischen Staats, in dem alle Menschen ungeachtet ihrer Religion und Herkunft gleichberechtigt und selbstbestimmt leben sollten. Viele von ihnen befürworten eine Zweistaatenlösung. Auch wenn nicht unbedingt zwei ethnisch vollständig segregierten Staaten gefordert werden, behält die Forderung einen rassistischen Kern. Was für Konsequenzen eine Zweistaatenlösung bspw. für Palästinenser:innen mit israelischem Pass hätte, wird kaum angesprochen. Einen einzelnen gemeinsamen, säkularen und friedlichen Staat halten auch im linken Lager viele für utopisch. Segregation wird von vielen als notwendig betrachtet, ein friedliches Zusammenleben als

« Segregation wird von vielen als notwendig betrachtet, dabei leben in Israel bereits heute jüdische und palästinensische Menschen unter einem einzelnen Staatsgebilde

Wie das jüdische Sicherheitsbedürfnis instrumentalisiert wird

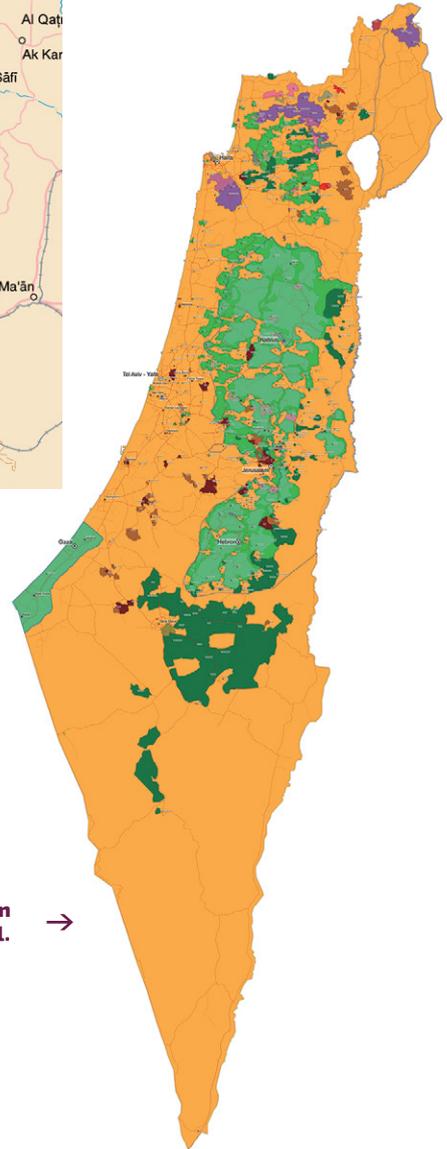


← Der UN-Plan zur Aufteilung Palästinas in einen «arabischen» und einen «jüdischen» Staat – mit einer Wirtschaftsunion.



↑ Eine aktuelle Karte des vom israelischen Staat weit-gehend beherrschten Gebiets.

→ Eine Karte über die geografische Verteilung der grössten «ethno-kulturellen Gemeinschaften» in Palästina-Israel.



« Linke Bewegungen und Parteien, die sich öffentlich mit Palästina solidarisieren, haben in Israel politisch (noch) keine Durchschlagskraft

kaum möglich. Dabei leben in Israel bereits heute jüdische und palästinensische Menschen unter einem einzelnen Staatsgebilde zusammen; inwiefern das eine Grundlage für einen gemeinsam Staat bilden könnte, wird nur von wenigen politischen Aussenseiter:innen diskutiert.

Dabei ist das demokratische Selbstverständnis der Bürger:innen in Israel eigentlich hoch. Nachdem Benjamin Netanyahu und seine rechtsextreme Regierung eine Justizreform beschlossen hatten, gab es denn auch eine beeindruckend starke Gegenbewegung. Über mehrere Monate gingen wöchentlich Zehn- bis Hunderttausende dagegen auf die Strasse. Mit dieser Reform hätte sich das israelische Parlament über Entscheidungen des Obersten Gerichts hinwegsetzen und Netanyahu vor einer Verurteilung wegen Korruption schützen können. Wichtige Teile der Reform wurden vom Obersten Gericht einstweilen für nichtig erklärt, aber seit dem Terrorangriff palästinensischer Widerstandsgruppen am 7. Oktober 2023 ist das Thema in der Öffentlichkeit beinahe in Vergessenheit geraten.

Ungeachtet des Selbstverständnisses vieler jüdischer Israelis steht Demokratie natürlich im Widerspruch zum Zionismus. Angenommen, die Mehrheit der israelischen Staatsbürger:innen würde keinen jüdischen Staat mehr wollen und für einen laizistischen Staat stimmen, würde sich der Zionismus dann selbst abschaffen? Um also den jüdischen Staatscharakter zu erhalten, muss die Mehrheit der

Staatsbürger:innen zionistisch oder diesbezüglich indifferent sein. Viele jüdische Israelis glauben deshalb, nur sicher sein zu können, wenn eine Mehrheit jüdisch ist. Dieser Glaube ist teilweise historisch bedingt, aber viele haben auch einfach Angst vor palästinensischer Selbstbestimmung und dem Verlust der eigenen Hegemonie. Denn viele sind sich der eigenen Rolle bezüglich der Kolonisierung und Unterdrückung von Palästinenser:innen durchaus bewusst. Selbst vermeintlich linke Zionist:innen diskutieren immer wieder über die Demografie in Israel – insbesondere über die Geburtenraten jüdisch-orthodoxer sowie palästinensischer Familien.

Als im israelischen Parlament im Juli 2024 über eine Resolution zur Ablehnung eines palästinensischen Staats abgestimmt wurde, verliessen Mitte-Links Politiker:innen den Saal. Sie waren gegen die Resolution, aber fürchteten die öffentliche Kritik, wenn sie dagegen gestimmt hätten. Dagegen gestimmt haben schliesslich nur die Vertreter:innen von Ra'am und Hadash-Ta'al. Die palästinensisch-israelische Partei Ra'am spricht sich für eine Zwei-staatenlösung aus und Hadash-Ta'al ist die säkulare antizionistische Listenvereinigung der kommunistischen jüdisch-palästinensischen Koalition Hadash und der palästinensischen Partei Ta'al. Viele (selbstbezeichnete) linke bis liberale Zionist:innen unterstützen zudem auch Israels Vorgehen in Palästina und Libanon. Jair Lapid, Vorsitzender der derzeit stärksten Oppositionspartei «Jesh Atid» (Es gibt eine Zukunft), sagte zum Start der israelischen Angriffe im Libanon: «Die Zeit ist reif» (für den Krieg.) Aber weder antizionistische noch liberal zionistische Stimmen und Parteien haben im heutigen Israel viel politisches Gewicht.



Bis zu mehrere hunderttausend Israelis gingen Woche für Woche gegen Netanyahus Justizreform auf die Strasse. Die israelische Nationalflagge war stets sehr präsent.

Linke Bewegungen und Parteien, die die israelische Kriegspolitik ablehnen und sich öffentlich mit Palästina und Palästinenser:innen solidarisieren, haben politisch (noch) keine Durchschlagskraft. An den regelmässig starken Demonstrationen für die Freilassung der israelischen Geiseln gibt es zwar

« Netanyahu und seine Regie- rungsleute stellen die Angehörigen der Geiseln und die Protes- tierenden als Handlan- ger:innen der Hamas dar

vereinzelte Palästinafahnen, jedoch gehen sie im Meer der Israelfahnen zumeist unter. Die jüdisch-palästinensischen Friedensbewegung Standing Together wächst und erreicht gewisse mediale Resonanz. Im Januar 2024 haben sich zudem verschiedene jüdisch-palästinensische Gruppen zu The Peace Partnership zusammengeschlossen. An ihren Demonstrationen gegen die israelische Kriegspolitik nehmen jeweils mehrere hundert Personen teil; für die Demonstration vom 2. November 2024 haben die Gruppen radical bloc, mesarvot und Free Jerusalem zum gemeinsamen Block «Resist the gaza genocide» aufgerufen.

Die Repression gegen Personen, die sich gegen die israelische Regierung auflehnen oder sich mit Palästinenser:innen solidarisieren, wird auch immer stärker. Mitte November 2024 wurde Ofer Cassif, dem Abgeordneten von der kommunistischen Hadash, für sechs Monate das Recht auf Wortmeldungen im Parlament entzogen, weil er den Genozid als solchen benannte und einen Aufruf zur Verurteilung Israels durch den internationalen Strafgerichtshof unterzeichnete. Am 27. Oktober 2024 wurde in Tel Aviv eine Demonstration mit einigen Dutzend Teilnehmer:innen mit Bannern und Plakaten gegen den Genozid gewaltsam von der Polizei aufgelöst. Selbst das Tragen von T-Shirts kann schon zum Verhängnis werden: Bereits im April 2024 wurden Fans von Hapoel Tel Aviv in T-Shirts mit der Aufschrift «FCK BNGVR» (Itamar Ben-Gvir, rechtsextremer Minister für Nationale Sicherheit Israels) der Zugang zum Stadion verwehrt.

Dominiert wird die israelische Politik zumeist von rechts- bis rechtsextremen und religiösen Zionist:innen. Ihre politischen Argumente fokussieren dabei zumeist auf das Thema «Sicherheit». Selbst der kolonialistische Landraub und illegale Siedlungsbau im Westjordanland sowie die grossflächige Militarisierung des Gebiets durch Israel wird teilweise mit Sicherheitsinteressen begründet. Netanjahu inszenierte sich in seiner politischen Karriere stets als «Mr. Security» – als einziger, der die Nation vor «barbarischen» Palästinenser:innen und Nachbarstaaten zu schützen vermag. Auch der Genozid am palästinensischen Volk wird schliesslich mit Sicherheitsinteressen begründet.

Netanyahu ist ein opportunistischer und von Machtinteressen durchtriebener Politiker, der vor Gewalt nicht zurückschreckt – nicht bei Gewalt gegen unliebsam kritische Staatsbürger:innen und schon gar nicht bei Gewalt gegen Palästinenser:innen. Dabei sind kriegerische Rhetorik und die Be-
spielung von Ängsten und Traumata für ihn auch Mittel, um von innerisraelischen Problemen abzulenken: Mehr als 300 000 Kinder in Israel leiden an Hunger und etwa ein Drittel der Bevölkerung an Armut, wobei die palästinensische Bevölkerung sowohl von Hunger als auch Armut vier- bis fünfmal heftiger betroffen ist.

Wie viele Premierminister vor ihm, war er einst Mitglied einer militärischen Spezialeinheit. Das Militär hat unter jüdischen Israelis einen sehr hohen Stellenwert, zum einen aufgrund von Traumata und teilweise begründeten Ängsten vor Auslöschung: In einer früheren Charta beschrieb die Hamas das Judentum als Herausforderung für den Islam und das Ziel, in Palästina einen Staat nach Sharia-Recht aufzubauen. Auch mehrere iranische Entscheidungsträger sprechen wiederholt von der Zerstörung Israels. Zum anderen, weil der obligatorische Militärdienst und damit zusammenhängend der aktive Beitrag zur Unterdrückung von Palästinenser:innen mit Waffengewalt ebenso wie Krieg zu einer gemeinsamen Erfahrung wurde und weiterhin wird.

Politiker:innen ohne militärische Karriere wird von vielen jüdischen Israelis kein Exekutivamt zuge-
traut. Im Wissen darum hat sich Netanyahu im Oktober 2023 zur Bildung einer Notstandsregierung bereit erklärt – ohne seine Koalitionspartner Ben-Gvir und Bezalel Smotrich (rechtsextremer Finanzminister Israels), die keine militärische Erfahrungen gemacht haben, dafür mit den Oppositionspolitikern und ehemaligen Generalstabschefs Benny Gantz und Gadi Eizenkot.

Seit Netanyahu 1993 zum Parteichef des Likud gewählt wurde, bewegt er sich im Machtzentrum der israelischen Politik. Seit jeher wehrt er sich



«Die Trennungsmauer wird fallen.»

Die von Israel gebaute Mauer trennt vielerorts jüdisches und palästinensisches Leben.

gegen einen unabhängigen palästinensischen Staat und befürwortet ein Konstrukt einer – seinem Verständnis nach – palästinensischen «Selbstverwaltung» unter israelischer Kontrolle. Ab 1995 führte er die Opposition gegen den damaligen Premierminister der Arbeitspartei Yitzhak Rabin an. Rabin machte ebenfalls im Militär Karriere und hat gemeinsam mit seinem Aussenminister Schimon Peres und Jassir Arafat, damaliger Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, den Friedensnobelpreis erhalten für die Unterzeichnung der Oslo-Abkommen.

In den Oslo-Abkommen haben sich die israelische Regierung und die PLO als «offizielle» Vertreterin des palästinensischen Volks erstmals gegenseitig formal anerkannt. Aber vor allem wurde das Westjordanland in drei Zonen unterteilt: In Zone A, wo am meisten Personen leben, die aber nur 18% des Gebiets ausmacht, hat die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) die administrative und polizeiliche Kontrolle; in Zone B, ca. 22% des Gebiets, teilen sich PA und Israel formal polizeiliche Aufgaben; in Zone C leben 300 000 Palästinenser:innen effektiv unter israelischem Militärrecht und 400 000 jüdische Siedler:innen unter israelischem Zivilrecht.

Rabin war es auch, der 1994 das Friedensabkommen mit Jordanien unterzeichnete – und 1992 den Bau der Mauer zwischen Israel und dem Westjordanland lancierte sowie 1994 mit dem Bau der Mauer gegenüber Gaza begann. Gemäss israelischem

Eine Mauer zum «Schutz» einer Strasse, die zu einer jüdischen Siedlung im Westjordanland führt, veranschaulicht die Apartheid in Palästina-Israel.



Diskurs verhindern die Grenzmauern (Terror-)Angriffe und bringen somit vermeintliche Sicherheit. Auf jeden Fall stellen die Mauern eine militärische und tödliche Materialisierung der Abgrenzung und Separierung in ein «Wir» und «Sie» dar. Es liegt auf der Hand, dass die ideologische, diskursive Separierung und die räumliche, materielle Separierung sich gegenseitig bestärken. Einige kritische jüdisch-israelische Aktivist:innen sagen, Israel habe sich mit den Mauern selbst zu einem Ghetto umgebaut – und damit auch Traumata des Holocausts reaktiviert.

Netanyahu schafft und steuert seine Hegemonie

Nachdem Rabin 1995 an einer Friedenskundgebung in Tel Aviv von einem religiösen Fanatiker erschossen wurde, wurde Peres kurzzeitig Premierminister. Von 1996 bis 1999 war dann erstmals Netanyahu Ministerpräsident, von 2002 bis 2005 Aussen- und Finanzminister unter Ariel Scharon. Scharon war ebenfalls Vorsitzender des Likud und ebenfalls starker Förderer des Siedlungsbaus, auch wenn er 2005 die Auflösung aller jüdischen Siedlungen in Gaza beschloss. Seit 2009 ist Netanyahu fast durchgehend Ministerpräsident. Das heisst: Für 30-jährige Israelis ist israelische Politik ohne Netanyahu nur schwer vorstellbar, 15-jährige kennen eigentlich keine andere Politik als jene Netanyahus.

Dabei begünstigen das israelische Informationssystem und das politische System mit Koalitionsregierungen opportunistische und populistische Politiker:innen wie Netanyahu – und Instabilität. Und Netanyahu zeigte nie Skrupel, um die eigene Machtposition zu erhalten, insbesondere seitdem ihm eine Verurteilung wegen Korruption droht. Dabei wäre er nicht der erste ehemalige ranghohe Politiker, der ins Gefängnis kommt – in den letzten fünfzehn Jahren wurden der ehemalige Präsident Moshe Katsav wegen Vergewaltigung und der ehemalige Ministerpräsident Ehud Olmert (Nachfolger von Ariel Scharon, ebenfalls vom Likud) wegen Bestechung zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Die Ermittlungen gegen Netanyahu laufen seit 2017, doch er hat sie stets behindert und alles daran gesetzt, Ministerpräsident zu bleiben und so einer Gefängnisstrafe zu entkommen. So schuf er immer wieder völlig absurde Ministerien, um (potenzielle) Koalitionspartner:innen für seine Regierungen zu gewinnen. Sein aktuelles Kabinett besteht aus mehr als 30 Minister:innen – bei total 120 Parlamentsmitgliedern. Die dominanten Figuren der aktuellen Regierung neben Netanyahu sind selbstredend Smotrich und Ben-Gvir. Smotrich ist religiöser Zionist, Vorsitzender der Partei «Nationalreligiöse Partei – Religiöser Zionismus» und überzeugter Siedler, der die Existenz eines palästinensischen Volks an sich verneint. Er bezeichnete sich selbst bereits einmal als «homophoben Faschisten». Ben-Gvir führt die Partei «Jüdische Stärke», die als Nachfolgepartei der Kach-Partei gilt, die in Israel wegen Terror verboten wurde.

Anhänger:innen des religiös-zionistischen Kahanismus – wie Ben-Gvir – stehen offen für die ethnische Säuberung Palästinas ein. Vor seiner Politkarriere vertrat Ben-Gvir als Anwalt mehrere Kahanisten, die wegen Terror verurteilt wurden. Er wurde wegen seiner extremistischen Position gar vom Militärdienst ausgeschlossen und 2007 wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung

verurteilt. Die Parteien von Smotrich und Ben-Gvir vereinigen nur wenige Wähler:innenstimmen auf sich – mit 5.8% und respektive 5% der Stimmen haben sie auch nur ganz knapp den Einzug ins Parlament geschafft (es besteht eine Hürde von 3.25% für den Einzug ins israelische Parlament). Zum Vergleich: Ra'am hat 4.07% der Stimmen erhalten und Hadash-Ta'al 3.75%. Doch Netanyahu ist auf die Stimmen der Parteien von Smotrich und Ben-Gvir angewiesen, um seine Regierungskoalition zu erhalten und Ministerpräsident zu bleiben. Und seinen Wähler:innen liegt offensichtlich mehr daran, den korrupten und selberrnannten «Mr. Security» als Ministerpräsidenten zu haben, als rechtsextreme Positionen aus der Regierung auszuschliessen.

Überdies investieren Netanyahu und seine Unterstützer:innen viel, um Diskurshegemonie zu haben. Wohl auch bedingt durch seine mit Sicherheitsinteressen begründete Abschottung gegenüber den Nachbarländern, ist die politische Lage in Israel weitgehend durch innerstaatliche Diskurse geprägt. Ein wichtiges Informationsorgan ist dabei die kostenlose Tageszeitung «Israel heute» nach dem Vorbild von «USA today». Die Zeitung erreicht nach Schätzungen mehr als ein Drittel der gesamten israelischen Bevölkerung, Palästinenser:innen mit israelischer

« Die Freiheit jüdischer Menschen ist wegen Israel unweigerlich mit der Freiheit von Palästinenser:innen verflochten.»

Staatsbürger:innenschaft eingerechnet. Gegründet wurde «Israel heute» von dem US-Amerikaner Sheldon Adelson, einem überzeugten Zionisten und guten Freund Netanyahus, der auch Trump mit Millionenpenden unterstützte, er starb 2021. Wie Smotrich bezeichnete er das palästinensische Volk als erfunden. Die Berichterstattungen seiner Zeitung sind wenig überraschend unverblümt einseitig, aber haben dennoch prägenden politischen Einfluss.



Israelis blockieren die Autobahn bei Tel Aviv, nachdem die Hinrichtung von sechs israelischen Geiseln in Gaza bekannt wurde.

Auch haben Netanyahu und seine Regierungsleute seit dem 7. Oktober 2023 wiederholt die israelische und die internationale Öffentlichkeit perfide in die Irre geführt. So wurde kürzlich ein Sprecher von Netanyahu festgenommen, weil er Anfang September 2024 manipulierte Geheimdokumente an die deutsche «Bild»-Zeitung und an die englische Zeitung «The Jewish Chronicle» weiterleitete. Die geleakten Dokumente wurden als offizielle Direktiven des damaligen Hamas-Chefs Yahya Sinwar beschrieben. Ein Dokument hat vorgeblich dargelegt, wie Sinwar die israelischen Geiseln aus Gaza schmuggeln wollte; das Dokument war aber gefälscht. Das zweite Dokument wurde als offizielles Strategiepapier der Hamas präsentiert. Demnach instrumentaliere die Hamas systematisch die Familien der israelischen Geiseln und die Proteste für deren Freilassung, um den öffentlichen Druck auf die Regierung zu erhöhen und Zeit für den Wiederaufbau ihrer militärischen Kräfte zu gewinnen. Tatsächlich handelte es sich dabei aber nicht um eine offizielle Strategie, sondern lediglich um einen Strategievorschlag eines Hamas-Kommandeurs ohne Entscheidungsbefugnis.

Kurz vor der Veröffentlichung der Falschmeldungen waren sechs israelische Geiseln in Hamas-Gefangenschaft hingerichtet worden. Hunderttausende gingen für einen sofortigen Geisel-Deal auf die Strasse, und Aufrufe zu einem Generalstreik wurden laut. Mit den Leaks der manipulierten Dokumente sollten die Protestierenden und die Angehörigen der Geiseln als Handlanger:innen der Hamas dargestellt und die wieder erstarkende Protestbewegung untergraben werden.

Frei sind alle oder niemand

Die Kolonialisierung Palästinas und die Gründung Israels hat den jüdischen Menschen weltweit nicht die Sicherheit und Freiheit gebracht, die sich viele erträumt und erhofft haben. Abermilliarden wurden ins Militär und in meterhohe Betonmauern investiert und abertausende junge Erwachsene in monatelangem Militärdienst in besetzte Gebiete und in mehr als ein Dutzend Kriege geschickt. Politische Entscheidungsträger sind korrupt und Rassismus ist allgegenwärtig. Nach dem Gaza-Krieg 2014 machte sich in Israel zwar eine Art Sicherheitsgefühl breit. Aber das nur, weil Besatzung, Apartheid, Kriege und Terror – durch die israelische Armee, palästinensische Widerstandsgruppen, die Hisbollah oder jüdische Siedler:innen – zu einer israelischen Selbstverständlichkeit geworden sind. Erst der schreckliche Angriff am 7. Oktober 2023 hat vielen die prekäre Lage wieder ins Bewusstsein gerufen.

Israel hat jüdischen Menschen nicht die Freiheit gebracht, die sich viele erhofft haben. Verfolgung, Unterdrückung und Genozid prägen auch heute die Lebensrealitäten vieler jüdischer Menschen, jedoch nicht mehr nur in der Rolle als Verfolgte: In Israel sind jüdische Menschen zum Militärdienst verpflichtet und ausserhalb Israels dazu gezwungen, sich zu Israel und zum Zionismus zu positionieren. Einerseits, weil Israel vorgibt, im Namen einer jüdischen Gesamtheit zu agieren, andererseits, weil Rassist:innen jüdische Menschen nicht unabhängig von Israel zu denken vermögen.

So hat Israel für viele jüdische Menschen eher moralisch und politisch zerrüttend als befreiend gewirkt und neue Zwänge geschaffen. In zu vielen jüdischen Kreisen hat sich die Ansicht etabliert, dass jüdische Menschen nur frei und sicher leben könnten, wenn es Palästinenser:innen nicht sind. Dabei ist die Freiheit jüdischer Menschen wegen Israel heute unweigerlich mit der Freiheit von Palästinenser:innen verflochten. Deshalb müssen wir immer in Erinnerung rufen, dass wir jüdische Menschen erst frei sein werden, wenn es Palästinenser:innen auch sind.

Fussballkurven im Links-Rechts-Schema?

Männlichkeit und Fussballkurven: Die «letzte Bastion»?

Viele Menschen neigen dazu, Fussballfanszenen politisch in ein banales Rechts-Links-Schema einzuordnen. So wird Hansa Rostock oft pauschal als «rechts» abgestempelt, weshalb alle Hansa-Fans als «Faschist:innen» gelten. Umgekehrt wird den Fans des FC St. Pauli pauschal zugutegehalten, dass sie alle «Genoss:innen» wären, weil der Verein den Ruf hat, links zu sein. Doch diese Vereinfachungen sind weit von der Realität entfernt. **Charles-Mathieu Sérou, BFS Zürich**

Ein Beispiel dafür ist der Hansa-Rapper Marteria, der auf seinen Konzerten offen gegen Rechts auftritt und gleichzeitig ein grosser Unterstützer von Hansa Rostock ist. Er ist regelmässig im Block anzutreffen und verkörpert einen Kontrast zur vermeintlich homogenen politischen Ausrichtung der Fanszene.



Rapper Marteria mit dem Vorkämpfer von Hansa Rostock auf dem Feld am Diskutieren. Nach dem Spiel gegen Victoria Köln am 30.8.24

Ultrabewegung die Geschlechterrollen eine geringere Rolle als heute hatten. Interessanterweise gibt es Fotos älterer Ultragruppen, auf denen auch Frauen sichtbar als Mitglieder zu sehen sind – ein Teil Ultrageschichte, der verloren ging, aber teilweise auch wieder zurückkommt.

Man kann heute festhalten, dass Fussballkurven oft vorschnell in einem Rechts-Links-Schema verurteilt werden. Doch diese Kategorisierung greift zu kurz und ist grundsätzlich falsch. Es mag sein, dass manche Kurven tendenziell eher links oder rechts ausgerichtet sind. Allerdings sind diese Ausrichtungen keinesfalls festgeschrieben und können sich im Laufe der Zeit verändern.

Eine Fussballkurve ist keine homogene politische Gruppe, wie man es von politischen Bewegungen kennt, sondern zieht Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft an. Im Mittelpunkt steht in erster Linie die Unterstützung für den Verein. Selbst wenn viele Mitglieder einer Kurve klare politische Meinungen vertreten oder sogar politisch organisiert sind, bedeutet das nicht, dass diese Ansichten für die gesamte Gruppe sprechen. Auch wenn eine Kurve von aussen als links wahrgenommen wird, weil vielleicht die dominierende Gruppe dieser Richtung folgt, bedeutet das nicht, dass alle Mitglieder automatisch linksgerichtet sind. Die Vielfalt innerhalb der Kurve spiegelt vielmehr die Vielfalt der Gesellschaft wider.

Ähnlich verhält es sich bei St. Pauli – nur in umgekehrter Richtung. Obwohl der Verein stark mit linken Werten assoziiert wird, hört man rund um das Stadion oft eher liberale Stimmen (die beispielsweise individuelle Konsumkritik in den Vordergrund stellen) ohne revolutionäre Inhalte. Eine interessante Frage wäre: Wie viele St. Pauli-Fans haben bei den letzten Wahlen die AfD gewählt?

Was hat es mit dem Links-Rechts-Schema auf sich? Eine Einordnung

Die Ultraszene ist in ihren Ursprüngen eigentlich eher von linken Werten geprägt. Es ging viel um das Erämpfen von Freiräumen und Selbstorganisation. Dies war bestimmt auch der Grund dafür, dass bei gewissen

Von linker Seite wird häufig der Vorwurf erhoben, Fussballkurven seien die «letzte Bastion der Männlichkeit» in der Gesellschaft. Diese Aussage stammt unter anderem vom Co-Präsidenten der SP Cédric Wermuth in seinem Podcast, in dem es wieder mal um Fankrawalle ging. Er verweist darauf, dass Fussballkurven nach wie vor stark von traditionellen Männlichkeitsbildern geprägt sind. Es ist unbestritten, dass Kurven Männlichkeit fördern und reproduzieren, indem Werte wie Härte, Stärke und Dominanz eine hohen Stellenwert haben. Ob sie jedoch wirklich die «letzte Bastion» dieser Art von Männlichkeit darstellen, ist fraglich.

Denn dieses Männlichkeitsproblem findet sich überall dort, wo sich Männerbünde formieren – sei es in Turnvereinen, auf dem Oktoberfest oder eben in Fussballkurven. Gemeinsam ist all diesen Vereinigungen und Treffpunkten eine Kultur, die körperliche Stärke und Kameradschaft über andere Werte stellt. In Männerbünden haben traditionell «männliche» Werte wie Härte, Stärke und Dominanz eine hohen Stellenwert; in solchen Umfeldern gelten zum Beispiel körperliche Auseinandersetzungen oft als Zeichen von «echter» Männlichkeit und dienen dazu, sich Anerkennung innerhalb der Gruppe zu verschaffen. Darüber hinaus fördern diese Männlichkeitsbilder häufig die Abgrenzung gegenüber Frauen, queeren Personen oder anderen, die nicht in diese eng gefassten Männlichkeitsvorstellungen passen.

Besonders in Fussballkurven bieten diese Männerbünde einen idealen Nährboden für die Verbreitung rechter Ideologien. Rechte Gruppierungen nutzen diese Strukturen gezielt, um traditionelle Männlichkeitsbilder mit ihrer Ideologie zu verknüpfen. Dass rechts-extreme Aussagen allerdings zunehmend salonfähig werden, spürt man auch in den Kurven. Diese Orte, an denen sich vor allem junge Männer treffen und gerne die Grenzen überschreiten, bieten eine Plattform, auf der die Hemmschwelle sinkt, selbst menschenverachtende Aussagen – wie etwa Auschwitz-Sprüche.

Diese Dynamiken von Männlichkeit, Misogynie, Queerfeindlichkeit und Antisemitismus oder anderen

Diskriminierungsformen machen Fussballkurven zu einem Ort, an dem rechte Ideologien Fuss fassen können.

Radikale Rechte in Fussballstadien

Dass Kurven oft einen idealen Nährboden für rechte Ideologien bieten, zeigen beispielsweise hier die Vereine Energie Cottbus oder Chemnitzer FC, die stark von rechtsextremen Strukturen unterwandert sind. Energie Cottbus machte in den letzten Jahren wiederholt Schlagzeilen, weil rechtsextreme Fans auf der Tribüne offen mit eindeutigen Gesten und Parolen auftraten. Der Verein hatte Schwierigkeiten, sich von diesen Gruppen zu distanzieren und wurde daher häufig mit der rechten Szene in Verbindung gebracht. Ähnlich verhält es sich beim Chemnitzer FC, wo ein Trauermarsch für einen Neonazi 2019 grosse Empörung auslöste und die Verbindungen zwischen Teilen der Fanszene und der rechten Szene verdeutlichte.

Auch bei Alemannia Aachen gibt es Berichte über die starke Präsenz rechtsextremer Gruppierungen in der Fankurve, die den Verein in Verruf bringen. Es ist ein Traditionsverein, der gerade in die 3. Bundesliga aufgestiegen ist und einen totalen Hype erlebt. Das Stadion zieht wieder Massen an Zuschauer:innen an, im Durchschnitt sind in den letzten zwei Jahren die Zahlen von 9000 auf 20000 gestiegen. Die Aachener Fanszene hatte turbulente Jahre hinter sich: Die frühere Gruppierung Aachen Ultras sah sich gezwungen, sich 2013 aufzulösen, weil sie sich von der rechtsoffenen Ultras Karlsbande bedroht fühlte. Seitdem hat Karlsbande das Sagen Rechte Gruppen agieren oft geschickt. Sie nutzen die traditionelle Struktur von Fussballkurven – enge Kameradschaften und lokalpatriotische Identität – um ihre Ansichten zu verbreiten.

Trotzdem sollte man nicht, die ganze Kurven pauschal als politisch rechte Organisationen einstufen. Oft sind ihre Mitgliedern in erster Linie Fussballfans, die weniger an politischen Kämpfen als am Fussball selbst interessiert sind. Es mag widersprüchlich klingen, aber die Menschen in den Kurven zu politisieren oder sie kategorisch einer bestimmten Richtung zuzuordnen, greift zu kurz. Trotz eindeutigen rechtsextremen Verbindungen kann man nicht sagen, dass die Menschen in diesen Beispiele alle rechts sind. Am Ende handelt es sich

« Am Ende handelt es sich im Stadion, überspitzt formuliert, häufig um eine Ansammlung von Individuellen Leuten, die vor allem Bier trinken, herumbrüllen und sich hin und wieder körperlich messen wollen.

im Stadion, überspitzt formuliert, häufig um eine Ansammlung von individuellen Leuten, die vor allem Bier trinken, herumbrüllen und sich hin und wieder körperlich messen wollen.

Keine Verharmlosung rechter Strukturen im Stadion

Es ist wichtig zu betonen, dass obigen Ausführungen keine Verharmlosung von rechten Gruppen in den Fussballstadien darstellen soll. Wo immer solche Gruppierungen auftauchen, entsteht eine bedrohliche Situation für Minderheiten. Es gibt zahlreiche Vorfälle von körperlichen Auseinandersetzungen aufgrund unterschiedlicher politischer Ausrichtungen in Fussballstadien, die verdeutlichen, wie gefährlich diese Dynamiken werden können.

Fankurven können gefährliche gesellschaftliche Tendenzen widerspiegeln und im schlimmsten Fall begünstigen. Dies kann ein Ausmass annehmen, das weit über das Stadion hinauswirft, wie beispielsweise im Balkan- oder im Krieg gegen die Ukraine, wo organisierte Fussballfans mit nationalistischen oder faschistischen Gedanken an der Front agierten oder in Turin, wo sie teils mit der lokalen Neonazi-Bewegung «Säuberungsmärsche» gegen Asylsuchende veranstalten.

Gleichzeitig können Ultrabewegungen gesellschaftliche Veränderungen ermöglichen und emanzipative Dynamiken fördern: Im sogenannten

organisierten Support sind eine grosse Solidarität und kollektives Denken unabdingbar und es entstehen Gegenworte zu Vereinsamung, Ohnmacht und Ausbeutung im Kapitalismus, an denen eine selbstbestimmte Organisation ohne Profitlogik und ausserhalb des bürgerlichen Staates möglich wird. Beispielsweise bilden organisierte Fans Unterstützungsnetzwerke in Bezug auf Wohnungs- und Jobsuche oder führten soziale Unterstützungsaktionen durch während Corona. In der Türkei, Ägypten oder Griechenland waren organisierte Fussballfans beteiligt an Protesten, Aufständen und gesellschaftlichen Umstürzen.

Dieser Beitrag soll eine differenzierte Einordnung von Fussballkurven ermöglichen. Es gilt zu erkennen, dass Kurven divers geprägt sowie oftmals widersprüchlich in ihrer Zusammensetzung sind, sich über die Zeit verändern und deshalb nicht pauschal in eine politische Richtung gestellt werden sollten. Die Präsenz rechter Gruppen und die zunehmende Radikalisierung stellt ein ernstes Problem dar, dem man sich bewusst stellen muss und Kante zeigen soll, damit Fussball ein sicherer Raum für alle sein kann.

Es bleibt die Frage: Wie können wir den Fussball zu einem Raum machen, der für alle sicher ist und gleichzeitig die wachsende Rechtsradikalisierung bekämpfen, ohne dabei das Fussballschauen zu verpolitisieren?



Fans des SV Babelsberg 03

Verraten
Verraten
Verraten
durch die
Verraten
durch die
S.P.D.
Verraten
durch die
S.P.D.
Verraten
durch die
S.P.D.



Wählt
Kommunisten!

Gegen Papen, Hitler,
Thälmann



LISTE

2

SOZIALDEMOKRATEN

Verleger: Richard Hauschildt. Druck: Vowé's Buchdruckerei, Berlin Berlin SW 68.



LISTE

2

SOZIALDEMOKRATEN

Verleger: Richard Hauschildt. Druck: Vowé's Buchdruckerei, Berlin Berlin SW 68.



LISTE

2

SOZIALDEMOKRATEN

Verleger: Richard Hauschildt. Druck: Vowé's Buchdruckerei, Berlin Berlin SW 68.



LISTE

2

SOZIALDEMOKRATEN

Verleger: Richard Hauschildt. Druck: Vowé's Buchdruckerei, Berlin Berlin SW 68.

SOZIALDEMOKRATEN

Über die Aktualität der kommunistischen Einheitsfronttaktik

Der Aufstieg rechtsextremer Parteien in Europa nimmt erschreckende Ausmasse an. In deutschen, italienischen und englischen Städten finden regelmässig Nazi-aufmärsche statt. Die Unfähigkeit der Behörden und der Unwille der Polizei, dagegen vorzugehen, ist keine geschichtliche Neuheit und wird bei jedem Aufmarsch wieder bestätigt. Die Linke muss es selbst tun. Aber mit welchen Bündnissen können wir also den Aufstieg des Faschismus in Europa bekämpfen? Die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung im 20. Jahrhundert gibt Antworten auf diese Frage.

Philipp Gebhardt, BFS Zürich

← Wahlplakat der KPD 1928, links
Wahlplakat der SPD 1932, rechts

Die historische Aufgabe des Faschismus

Die historische Aufgabe des Faschismus nach dem 1. Weltkrieg war es, die Arbeiter:innenbewegung zu zerschlagen, um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu verhindern und das Überleben des Kapitalismus mit massiver Gewalt zu sichern. Aus Angst vor der aufstrebenden Arbeiter:innenbewegung waren weite Teile der Konservativen und Liberalen bereit, mit den Faschist:innen zu kooperieren und ermöglichten ihnen den Aufstieg zur Macht. Die Kapitalist:innen wiederum liessen ihr Privateigentum von faschistischen Schlägerbanden schützen und akzeptierten oder unterstützten dafür auch ihre politische Machtübernahme und die Errichtung einer faschistischen Diktatur.

Aber dass es heute keine grossen Arbeiter:innenorganisationen mit Massenandrang wie in den 1920/30er Jahren mehr gibt und die Möglichkeit einer sozialen Revolution in weite Ferne gerückt ist, heisst nicht, dass keine faschistische Gefahr existiert. Ebenso wenig lässt sich daraus ableiten, dass der Faschismus im 21. Jahrhundert eine grundlegend andere Aufgabe zu erfüllen hätte als im vorigen.

Die faschistische Gefahr heute

Die Kapitalist:innen und die bürgerlichen Regierungen finden derzeit keine Rezepte, um aus den multiplen strukturellen Krisen – Klimakrise, ökonomische Verwerfungen und Verarmung, Care-Krise, innerimperialistische Spannungen und Kriege – zu einem einigermaßen funktionierenden Akkumulationsregime und den dafür notwendigen stabilen politischen Verhältnissen zurückzukehren. Deshalb hat der Kapitalismus gegenwärtig, auch ohne die Gefahr einer grundlegenden Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, das Potenzial, wieder faschistische Barbarei hervorzubringen. Liberale und Konservative setzen bereits heute zentrale Forderungen der extremen Rechten um. Der faschistischen Forderung nach **Remigration**, also der Deportation von Millionen Menschen, die als nichteuropäisch dargestellt werden und angeblich nicht in die Volksgemeinschaft des 21. Jahrhunderts passen, kommen die bürgerlichen Parteien entgegen mit der Ausrufung des europäischen Asylnotstands,

der Verschärfung der Abschiebep Praxis von Migrant:innen, dem Ausbau des europäischen Grenzregimes und der Verschärfung der Repressionsmassnahmen im Inneren. Darüber hinaus ist es alles andere als abwegig, dass insbesondere die fossile Industrie den angesichts der Klimakatastrophe längst überfälligen Ausstieg aus ihrem Geschäftsfeld notfalls mit Hilfe faschistischer Banden verhindern wird.

Ein dauerhafter, stabiler Kompromiss zwischen Wirtschaftswachstum und wirksamer Klimapolitik, Profitstreben und sozialem Ausgleich, imperialistischer Konkurrenz und Frieden, ist im Kapitalismus unmöglich. Aufgrund dieser inhärenten Widersprüche produziert der Kapitalismus regelmässig strukturelle Krisen, die auch im 21. Jahrhundert Menschen dazu bringen können, sich faschistischen Bewegungen zuzuwenden. Darum muss eine konsequente antifaschistische Strategie damals wie heute auf die Überwindung des Kapitalismus zielen, um dem Faschismus den Nährboden zu entziehen.

Diese strategische Ausrichtung löst aber das Problem von angemessenen Handlungsmöglichkeiten angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse nicht. Wir müssen eine Antwort auf die Frage finden, mit welchen konkreten Mitteln und Bündnissen wir in sozialen Abwehrkämpfen gegen Rechts vorgehen können, um eine kollektive Basis für solidarische Alternativen zu Krieg und Krise zu schaffen. Die Erfahrungen der Arbeiter:innenbewegung und der Kommunistischen Internationale zu Beginn der 1920er Jahre bieten dafür einige lehrreiche Ansatzpunkte.

Die Entstehung der Einheitsfronttaktik

Die sozialistische Machtergreifung in den wirtschaftsstärksten europäischen Ländern stand nicht mehr auf der Tagesordnung nach dem Abflauen der revolutionären Phase 1917–1921, als die letzten Arbeiter:innenaufstände in Deutschland und Italien niedergeschlagen worden waren. Der 1923 von der III. Internationale geführte Aufstand der Kommunistischen Partei Deutschlands («Deutscher Oktober») stellt eine Ausnahme dar, war aber nie mit grossen Erfolgsaussichten verbunden gewesen. Die Kommunist:innen stellten sich ab 1920/21 auf eine längere, defensive Phase ein. Die Kapitalist:innen setzten zu Gegenangriffen an und attackierten Löhne, Arbeitszeit sowie erkämpfte betriebliche Vertretungen.

1921 entwickelte die III. Internationale, die Weltorganisation der kommunistischen Parteien, auf ihrem 3. Kongress die Taktik der Einheitsfront. In den Kämpfen nach dem 1. Weltkrieg zeigte sich, dass sich die sozialdemokratischen Arbeiter:innen nicht so schnell von ihrer Partei lösen würden, wie von den Kommunist:innen erwünscht. Die Kommunist:innen waren weiterhin eine Minderheit. Die Arbeiter:innen, teils seit Generationen in allen Lebensbereichen durch sozialdemokratische Vorfeldorganisationen (Kultur-, Bildungs-, Sport- und Musikvereine), Gewerkschaften und Parteien sozialisiert, waren nicht bereit oder fähig, sich von diesem Milieu zu trennen. Sie blieben ihrer Partei und deren Führung treu, trotz der konterrevolutionären

und klassenverräterischen Rolle, die sie während den europäischen Revolutionen nach 1917 spielte.

Als Teil der proletarischen Klasse blieben die sozialdemokratischen Arbeiter:innen aber objektive Verbündete. Mit der Einheitsfronttaktik sollte nun ein Schritt auf sie zugegangen werden, um gemeinsam die nach dem 1. Weltkrieg erkämpften Errungenschaften zu verteidigen. Gleichzeitig sollte dies dabei helfen, die sozialdemokratischen Arbeiter:innen von der Richtigkeit der kommunistischen Praxis zu überzeugen, und sie für das revolutionäre Lager zu gewinnen. Dafür würden die Kommunist:innen auch mit den reformistischen Führungen verhandeln, ohne jedoch ihre eigenständige politische Handlungsfähigkeit aufzugeben. Der 4. Kongress der III. Internationale hielt fest: *«Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen. [...] Der wirkliche Erfolg der Einheitsfronttaktik erwächst von unten, aus den Tiefen der Arbeitermasse selbst. Die Kommunisten können dabei aber nicht darauf verzichten, unter gewissen Umständen auch mit den Spitzen der gegnerischen Arbeiterparteien zu unterhandeln. [...] Die Selbständigkeit der Agitation der Kommunistischen Partei darf auch während der Verhandlungen mit den Spitzen keinesfalls eingeschränkt werden.»*¹

Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919 in Moskau, welche 1921 die Einheitsfronttaktik beschloss (in der Mitte Lenin, dahinter Trotzki)



Die Prinzipien der Einheitsfront

Die Einheitsfronttaktik der III. Internationale beruht auf mindestens vier zentralen Prinzipien, die bis heute nichts an Gültigkeit verloren haben:

1. Die Einheitsfront ist ein Bündnis zwischen linken (Arbeiter:innen-)Organisationen – auch mit reformistischen linken Organisationen – mit einem doppelten Ziel. Erstens sollen die Interessen und Errungenschaften der Lohnabhängigen durch kollektive

Kämpfe verteidigt werden. Zweitens sollen diese kollektiven Erfahrungen das Vertrauen der Lohnabhängigen in ihre eigene Stärke und Selbstorganisation fördern, um das revolutionäre Lager zu stärken.

2. Innerhalb des Bündnisses werden gemeinsame inhaltliche Ziele vereinbart. Jede Organisation innerhalb des Bündnisses behält ihre politische, agitatorische und propagandistische Autonomie. So können innerlinke Grabenkämpfe überwunden werden, ohne die bestehenden Differenzen unter den Tisch zu kehren. «*Getrennt marschieren, vereint schlagen*», fasste dies Trotzki 1931 zusammen.

3. Es wird versucht, alle linken (Arbeiter:innen-)Organisationen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, welche die inhaltliche Basis teilen, und zwar sowohl die Organisationsbasis als auch deren Führung. Keine Organisation wird aufgrund nicht nachvollziehbarer Begründungen oder «Prinzipien» ausgeschlossen. Angestrebt wird die «Einheit der Lohnabhängigen» und nicht nur die «Einheit der Revolutionär:innen».

4. Die Freiheit der Kritik und der öffentlichen Debatte der einzelnen Bündnispartner:innen muss gewährleistet sein. Das Werkzeug der Kritik ist fundamentaler Bestandteil der linken Bewegung. Inhaltliche und strategische Debatten öffentlich zu machen, ist kein Zeichen von Schwäche gegenüber den politischen Gegner:innen, sondern Ausdruck einer demokratischen Kultur, die kollektive Lernprozesse einer Bewegung ermöglicht.

Die Einheitsfront als Alternative zu Sektierertum

Die Einheitsfronttaktik stand im Gegensatz zu sektiererischen Bündnis-konzeptionen wie den stalinistischen Alleingängen in der Zeit der Sozialfaschismusthese 1924–1935. Sie besagte, dass die Sozialdemokratie den linken Flügel des Faschismus darstelle und daher ebenso bekämpft werden müsse wie die eigentlichen Faschist:innen. Sie entstand parallel zur Stalinisierung der UdSSR ab 1922 und Stalins Abkehr vom Ziel der Weltrevolution, die in der Propagierung des «Sozialismus in einem Land» ihren Ausdruck fand. Das Zentralorgan der KPD schrieb

z.B. im November 1931: «*Der Hitler-Faschismus unterscheidet sich keineswegs grundsätzlich von dem Faschismus der Brüning-Parteien [liberal-rechte Parteien]. [...] Die SPD ist die entscheidende Kraft, die die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland ermöglicht. [...] Kampf gegen den Faschismus heisst Kampf gegen die SPD, genauso, wie es Kampf gegen Hitler und die Brüning-Parteien heisst. Nicht mit, sondern gegen Breitscheid² [SPD] wird der Faschismus in Deutschland geschlagen [...]*»³

Die Gleichsetzung der SPD mit den Nazis verhinderte – ebenso wie die sozialdemokratische Feindschaft gegenüber den Kommunist:innen – ein Bündnis unter deutschen Arbeiter:innen und war mitverantwortlich dafür, dass Hitler sein faschistisches Terrorregime errichten konnte.

Einheit der Lohnabhängigen vs. Einheit der Revolutionär:innen

Die Sozialfaschismusthese lebt bis heute in modifizierter Form in Teilen der linksradikalen Szene fort. Insbesondere in der deutschsprachigen Linken gibt es in fast allen Städten «Revolutionäre Bündnisse», die sich aus kommunistischen Kleinorganisationen zusammensetzen. Typisch sind klandestine Organisationsformen, Black-Block-Auftritte und eine generelle Orientierung auf die linksradikale Szene. Im Kampf gegen Rechts wird die «Einheit der Revolutionär:innen» propagiert.

Die jüngeren historischen Ursprünge dieser autonomen, linksradikalen Bündnisorientierung liegen in den 1970er Jahren. Die Verfechter:innen teilten die Analyse, dass sowohl die grossen eurokommunistischen als auch die sozialdemokratischen Parteien und ihre Arbeiter:innenbasis das Ziel einer revolutionären Umwälzung aufgegeben haben – was soweit richtig ist – und dass deshalb die Einheit unter denen gesucht werden muss, die noch für

- 1 Thesen über die Taktik der Komintern (1922).
- 2 Rudolf Breitscheid sass für die SPD im Reichstag. Nach der Machtübernahme der Nazis floh er nach Frankreich. Das nazihörige Vichy-Regime lieferte ihn 1941 an die Gestapo aus. Er wurde im KZ Buchenwald inhaftiert, wo er 1944 starb.
- 3 Rote Fahne, 18.11.1931.

« **Aus diesen Gründen muss eine konsequente anti-faschistische Strategie damals wie heute auf die Überwindung des Kapitalismus zielen, um dem Faschismus den Nährboden zu entziehen.** »

die Revolution kämpfen. Eine Zusammenarbeit mit sogenannten «reformistischen» Organisationen und Lohnabhängigen wird aus Prinzip ausgeschlossen. Die Schlussfolgerung ist also die gleiche wie die aus der Sozialfaschismusthese und führt auch heute in der Tendenz zu einem sektiererischen Verhalten gegenüber all jenen Lohnabhängigen, die (noch) nicht revolutionär sind, es aber durch eine gemeinsame Praxis werden könnten.

Die Einheitsfront als Alternative zu Opportunismus

Die Einheitsfronttaktik steht darüber hinaus im Widerspruch zur opportunistischen Haltung, Bündnisse gegen Rechts mit Teilen des Bürgertums einzugehen. Die Massendemonstrationen im Januar 2024 gegen die Alternative für Deutschland (AfD) und ihre **Remigrationspläne** haben dies gezeigt. Die Demonstrationen waren zu begrüßen, eine «Brandmauer» gegen Rechts ist daraus aber nicht entstanden. Der Aufbau einer dauerhaften antifaschistischen Gegenmacht zusammen mit den Ampelparteien, die in ihrer Regierungszeit sowohl Sozialabbau als auch eine rassistische Migrationspolitik betreiben, war offensichtlich nicht möglich.



Gründungskongress der Antifaschistischen Aktion der KPD. Ab 1931 propagierte die KPD zwar die Einheitsfront mit der SPD, dass dies nicht wirklich ernst gemeint war, sieht man schon am Transparent links, das die repressive Rolle der SPD ins Zentrum stellt

Solche republikanischen Fronten gegen Rechts werden heute vor allem von bürgerlichen und sozialliberalen Kreisen gefordert. Historisch wurde diese Position aber auch vom Stalinismus vertreten. Nachdem die Sozialfaschismusthese mit der Machtübernahme der Nazis offensichtlich in die Katastrophe geführt hatte, wurde ab 1933/35 die sogenannte Volksfronttaktik propagiert. Sie leitete eine 180-Grad-Wende in der kommunistischen Bewegung ein und forderte fortan im Kampf gegen Rechts das Bündnis nicht nur mit der Sozialdemokratie (was einer Einheitsfront entspräche), sondern auch mit den «antifaschistischen», republikanischen Teilen des Bürgertums. Dazu wurde in der III. Internationale 1933 bzw. auf dem Kongress 1935 eigens die kommunistische Faschismusdefinition angepasst. Man orientierte sich nun an der bekannten Definition des Stalinisten Georgi Dimitroffs, welcher Faschismus als *«terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals»* zusammenfasste.

Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass alle Kapitalist:innen, die nicht Teil des Finanzkapitals waren (aber natürlich trotzdem ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus hatten), zu potenziellen Bündnispartnern der Kommunist:innen wurden.

Dimitroffs Faschismusdefinition lieferte die theoretische Rechtfertigung für eine Bündnispolitik mit dem republikanischen Bürgertum. Umso absurder ist es, dass die dimitroffsche Faschismusdefinition bis heute in vielen Organisationen der linksradikalen Szene verbreitet ist. Denn das eigentliche Ziel, das die stalinistische Führung mit der Volksfronttaktik verfolgte, war vielmehr die *Verhinderung* revolutionärer Umwälzungen, wie die Beispiele Frankreich und Spanien 1936 zeigen. In beiden Ländern kam es 1936 zu revolutionären Aufständen: in Frankreich aus Enttäuschung über die unerfüllten Versprechen der regierenden Volksfront, die von der Kommunistischen Partei Frankreichs unterstützt wurde, und in Spanien als Reaktion auf den Putschversuch Francos. In beiden Fällen spielte die KP eine systemerhaltende und konterrevolutionäre Rolle. Die Volksfronttaktik verlangte nämlich die Unterordnung der revolutionären Ziele unter die Interessen der prokapitalistischen Bündnispartner:innen und trug so zur Stabilisierung der Verhältnisse bei. Ziel der UdSSR war es, die Beziehungen zu den europäischen Mächten Frankreich und England nicht zu gefährden, da Stalin versuchte, sie in ein Verteidigungsbündnis gegen Hitler einzubinden. Zudem hatte Stalin kein Interesse an einer sozialistischen

Revolution, die einen demokratischen Sozialismus auf der Basis von Fabrikräten und Arbeiter:innenselbstverwaltung hervorbringen und damit das Ansehen seiner eigenen «sozialistischen» Parteidiktatur gefährden würde.

Trotz teilweise radikaler Rhetorik spielen die alten stalinistischen und poststalinistischen Parteien bis heute eine systemstabilisierende, keine systemüberwindende, Rolle. Ein aktuelles Beispiel ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), die grosse Wahlerfolge erzielte und in Graz sogar eine ganze Stadt regiert. Damit kann sie zwar teilweise ein linksreformistisches Programm umsetzen, aber den Kapitalismus überwindet sie nicht. Und die faschistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) war bei den Nationalratswahlen im September 2024 auch in Graz die eigentliche Wahlsiegerin.

4 Ernst Thälmann war seit 1924 Vorsitzender und Reichstagsabgeordneter für die KPD. Er wurde bereits am 3. März 1933 verhaftet. Nach 11 Jahren Einzelhaft in verschiedenen Gefängnissen und KZ wurde er im August 1944 auf Befehl von Adolf Hitler erschossen.

5 Referat auf der Tagung des ZK der KPD, 7. Februar 1933.

Die Lehren für heute

Nachdem der französische Präsident Macron als Reaktion auf den Wahlsieg des rechtsextremen Rassemblement National (RN) bei den Europawahlen im Juni 2024 das Parlament aufgelöst hatte, deutete vieles darauf hin, dass der RN als Sieger aus den Neuwahlen hervorgehen würde. Um dies zu verhindern, schlossen sich innerhalb weniger Tage mehr als 100 linke Organisationen und Gewerkschaften zur Nouveau Front Populaire (NFP) zusammen, die ein linksreformistisches Programm verfolgte, das unter anderem die Rücknahme der trotz massiver Streiks durchgesetzten Rentenreform Macrons von 2023 vorsah. Die NFP war weit mehr als ein Abkommen zwischen den Apparaten, sie entsprach einem echten Bedürfnis der linken Bevölkerung. Sie entsprach, zumindest in einigen Regionen, einer Einheitsfront von unten. Davon zeugten die Massenveranstaltungen der NFP während des Wahlkampfes in ganz Frankreich. Die Linke in Frankreich war sich bewusst, dass ein Sieg der RN zu einem Aufstieg des Strassenfaschismus und zu massiven Angriffen auf demokratische Rechte, linke Organisationen, gewerkschaftliche Organisation, Migrant:innen und die Errungenschaften der feministischen und LGBTIQ-Bewegung führen würde. Ein Sieg des RN musste daher unbedingt verhindert werden.

Wichtige Teile der revolutionären Linken wollten nicht abseits stehen und Teil dieser Dynamik werden. «*Angesichts der Herausforderungen der Situation erscheinen diese Organisationen*

[revolutionäre Organisationen, die nicht Teil der NFP waren] als marginal und sektiererisch und sind dementsprechend nutzlos für unser soziales Lager», schrieb die Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA l'Anticapitaliste) im Juni 2024. Sie arbeiteten in der NFP daran, dass die kollektive Erfahrung innerhalb des Bündnisses eine zukünftige Einheit in sozialen Kämpfen schaffen und so zu einem Hebel für die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse werden kann.

Dank der NFP konnte bis auf weiteres verhindert werden, dass der RN bei den Wahlen im Juni und Juli 2024 an die Regierung kam. Allerdings war auch die sozialliberale Parti Socialiste (PS), die mit ihrer sozial- und neoliberalen Politik für den Aufstieg der RN mitverantwortlich war, Teil des NFP. Ob sich aus der NFP langfristig eine echte antifaschistische Einheit entwickeln kann, die dem Faschismus tatsächlich den Boden entziehen kann, ist daher ungewiss. Die Gefahr ist gross, dass sich die Parti Socialiste und andere pro-kapitalistische Organisationen durchsetzen und die NFP nicht nur dem Namen nach, sondern auch in der politischen Realität zu einer republikanischen Volksfront wird, wie es in Spanien und Frankreich in den 1930er Jahren der Fall war. In diesem Fall könnte sie einen Sieg des RN bei den Präsidentschaftswahlen 2027 nicht verhindern.

Dennoch war die Gründung der NFP wichtig, um einen Sieg des RN zu verhindern. Sie hat auch gezeigt, dass die Linke das Potenzial hat, eine echte Gegenmacht zu bilden, wenn sie sich auf eine inhaltliche Basis und

eine – wenn auch kurzfristige – Taktik einigen kann. Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann,⁴ der bis heute von neostalinistischen und maoistischen Organisationen als grosser Arbeiterführer verehrt wird, meinte noch eine Woche nach der Machtübernahme der Nazis im Februar 1933: «*Das, was sich gegenwärtig in ganz Deutschland abspielt, die täglichen Demonstrationen, Zusammenstösse, Kampfhandlungen in allen Teilen des Reiches, ist der beste Ausdruck dafür, wie geladen, wie gespannt von revolutionären Energien die ganze Atmosphäre ist.*»⁵ Thälmann und die KPD-Führung glaubten ernsthaft, dass die Nazis innerhalb weniger Monate abgewirtschaftet hätten und dies den Weg für die Machtübernahme der Kommunist:innen ebnet würde. Einen Monat nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den ehemaligen Weltkriegsgeneral und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg war die grösste kommunistische Partei ausserhalb der UdSSR zerschlagen.

Die Faschist:innen dürfen nicht an die Macht kommen. Der beste Garant dafür ist eine linke Bewegung, die fortschrittliche Organisationen, Gewerkschaften und emanzipatorische Bewegungen in einem Bündnis vereint und das drohende Übel an seinen kapitalistischen Wurzeln packt. Es wäre unverzeihlich, die Fehler, die die kommunistische Bewegung im 20. Jahrhundert begangen hat, ein zweites Mal zu machen. Die Prinzipien der Einheitsfronttaktik können die revolutionäre Linke davor bewahren.

« **Mit der Einheitsfronttaktik sollte ein Schritt auf die sozialdemokratischen Arbeiter:innen zugegangen werden, um gemeinsam die nach dem 1. Weltkrieg erkämpften Errungenschaften zu verteidigen. Gleichzeitig sollte dies dazu dienen, sie für das revolutionäre Lager zu gewinnen.**

Was tun gegen Rechts?

Eine bessere Welt muss nach den Bedürfnissen der Mehrheit ausgerichtet sein und wir können sie nur gemeinsam erkämpfen. Deswegen haben wir die Frage nach dem Kampf gegen den Faschismus als digitale Pinnwand geöffnet. Die folgenden Einträge sind erst der Anfang. Via QR-Code seid Ihr herzlich eingeladen, Eure Ideen und Impulse zu teilen. Wir freuen uns auf einen gemeinsamen, demokratischen, interaktiven und fortlaufenden Austausch!

Strategien und Vorgehensweisen von Rechten kennen und entlarven

Wie hat es die extreme Rechte in den letzten Jahrzehnten geschafft, den gesamtgesellschaftliche Diskurs so weit nach rechts zu verschieben, dass Parlamentarier:innen bis zu den Sozialdemokraten diesen Diskurs übernommen haben, ohne sie länger grundsätzlich zu hinterfragen.

Neben theoretischer Auseinandersetzung kann auch eine konkrete Auseinandersetzung mit den Menschen wertvoll sein, die sich von den Lügen der extremen Rechten einfangen lassen. Dazu dürfen wir uns nicht auf das städtische Leben beschränken. Um uns damit auseinanderzusetzen, was die (extremen) Rechten an ihren wähler:innen-stärksten Orten aufgebaut haben, was die konkreten Sorgen und Ängste der Leute sind und wie wir ihnen konkrete Alternativen bieten können, müssen wir auch die Agglomeration, dörfliche und bäuerliche Milieus ins Auge fassen.

Männlichkeit und Faschismus

Aktuell wird vielen frustrierten jungen Männern von rechten Influencer:innen und «Männerrechtsaktivist:innen» vorgegaukelt, ihre Frustration entstehe aus der «Unterdrückung der Männer», dass die Lösung in Geld, Protz und der Abschiebung aller Schuld auf Fintapersonen zu finden sei. Hier gilt es, gezielt auch diese jungen Männer anzusprechen, ihnen sinnvolle Interpretationen von Männlichkeit zur Verfügung zu stellen und ihnen auch aufzuzeigen, dass ihre Probleme aus der Logik des Kapitalismus entstehen und wie echte Lösungen aussehen können, die die Ursächlichkeit des Systems, in dem wir leben, ernstnehmen.

Im Podcast von Kim Posster (unten) dürft ihr euch gerne mit uns Gedanken über die Überschneidungen von Männlichkeit und Faschismus/ Rechtsextremismus machen.

Kim Posster Podcast:



Bewusstsein für oben-unten statt horizontal stärken

Auch in Bezug auf den aufstrebenden Rechtsextremismus (siehe Wahlen in Sachsen und Thüringen, Österreich etc.) ist es wichtig, «den Konflikt zwischen oben und unten wieder in den Mittelpunkt zu rücken, und die Menschen davon zu überzeugen, dass der Verteilungskampf in erster Linie nicht horizontal verläuft, sondern zwischen oben und unten» – nur so können wir dem Rechtspopulismus mittel- und langfristig das Wasser abgraben. Es sind nicht andere Lohnabhängige oder Arbeitsuchende – ob nun anderen Glaubens, anderer Herkunft oder anderen Geschlechts – die Lohnabhängigen und Arbeitsuchenden Lohnhöhe, Jobsicherheit oder Renten strittig machen. Lohnabhängige stehen zunächst mal alle auf derselben Seite der Betriebs- und Arbeitsmittel: Wir alle müssen uns von den Unternehmer:innen über den Tisch ziehen lassen, um unser Leben wenigstens notdürftig zu finanzieren. Die Vorstellung, dass migrantische Personen der Feind seien, begünstigt nur die Unternehmer:innen und Politiker:innen, die ihre Interessen durchboxen – «die da Oben», wie es die Rechten gerne sagen, aber eigentlich nicht meinen.

Propaganda

Es braucht verstärkte Online-Propaganda (d.h. zugängliche antifaschistische Inhalte/kurze Videos, Beiträge, Memes) gegen den faschistischen «Pipeline»-Effekt, von TikTok-Videos mit Maximilian Kraha (AfD) bis zu pseudo-intellektuellen Jordan-Peterson-Typen. Dabei müssen Beiträge von Links auch mit unterschiedlichem Niveau/Anspruch angegangen werden, um unterschiedliche Funktionen und Bedürfnisse zu bedienen.

Einfachere, visuelle, provokante und vor allem humorvolle Botschaften in Meme-Formaten haben es viel einfacher, ein grösseres Publikum anzusprechen. Idealerweise gelingt es, das Interesse der Leute zu wecken, sie zu tiefergreifenden Analysetexten oder -videos weiterzuleiten. Dafür sollten die Inhalte auch nicht zu sehr insidermässig sein. Ein Beispiel könnte die in der Romandie bekannte Instagram-Seite sein (unten).

Mit eindeutigen politischen Seiten wie bspw. sozialismus.ch könnten dann tiefergreifende Analysen geliefert werden. Idealerweise würden diese Analysen in verschiedenen Formaten bereitgestellt, von schneller zu konsumierenden Insta-Posts, die auf Probleme hinweisen, bis zu bildenden Artikeln – möglicherweise selbst in Video-Format –, die Zusammenhänge aufdecken und begründen. AI könnte dabei eine grosse Hilfe sein.

Die Rechte benutzt all diese Methoden bereits eingehend und erfolgreich. Ein wichtiger Faktor dürfte bei all dem Konsistenz und Regelmässigkeit sein.

Instagram
[shitpostecolomontagnon](#)



Echte Linke Alternativen erarbeiten

Die Wahlen in den USA haben exemplarisch gezeigt, in welchem politischen Mainstream wir uns derzeit bewegen:

Rechten und rechtsextremen Kräften gelingt es, viele Probleme unserer Zeit wie Arbeitslosigkeit und Armut aufzugreifen und den Anschein zu erwecken, als könnten sie diese Probleme lösen. Gleichzeitig hetzen sie gegen Migrant:innen und andere Minderheiten und betreiben eine gezielte Sündenbockpolitik.

Die vermeintliche «Linke», also die sozialliberalen Kräfte schaffen es nicht, eigene Visionen, Gesellschaftsentwürfe und Vorschläge zu machen, um die drängenden Probleme unserer Zeit anzugehen. Ihre «Lösungen» bewegen sich irgendwo

zwischen einer Übernahme rechter Antworten, wenn auch mit angezogener Handbremse, und allgemeinen leeren Phrasen über Gerechtigkeit und Wandel.

Wenn wir den Aufstieg der Rechten stoppen wollen, müssen wir es endlich schaffen, linke Forderungen und Gesellschaftsentwürfe in die politische Debatte einfließen zu lassen. Dabei muss unser Ziel sein, nicht nur Maximalforderungen zu stellen, sondern zu allen Themen auch ganz konkrete Forderungen oder Pläne zu entwickeln. Im besten Falle schaffen wir es über konkret umsetzbare Massnahmen auch übers System hinaus zu verweisen, indem wir unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur als ursächlich für die vielen Probleme entlarven. Eine echt linke Alternative ist am Ende des Tages das beste Mittel gegen rechte und rechtsextreme Kräfte.

Internationale Kooperation

Viele sozialistische Gruppierungen in Europa/der Schweiz werden sich mit dieser Frage beschäftigen. Wir sollten Ideen mit diesen anderen Organisationen teilen, von Synergien und gemeinsamen Erfahrungen profitieren. Die antikapitalistische Konferenz in Rodi, an der Menschen von der BFS, NPA-L'Anticapitaliste aus Frankreich, Contre Attaque & Autonomie Lausanne, dem Solidarischen Kollektiv Baden und Einzelpersonen teilnahmen und das jeweils im Januar in Zürich stattfindende Andere Davos sind konkrete Umschlagplätze für einen Austausch über die Grenzen der eigenen Organisation oder gar Nation hinaus.

Die Rechten machen dies bereits ziemlich gekonnt, strategisch und medienwirksam. Es geht längst nicht mehr um Vorträge von Martin Sellner in der Schweiz bei Anlässen der Jungen Tat. Es geht um Konferenzen von weltweitem Einfluss wie der Conservative Political Action Conference (CPAC), wo sich Koryphäen wie Kojoten Köppel und Orban gute Nacht sagen.

Die Linke vereinigen: Linker Populismus, Einheitsfronttaktik und/oder Parlamentarismus, sich nicht in liberalen Grosstädten «verstecken»

1 Soziale und Klassenfragen verbinden und diese gezielt in Kampagnen einbringen, allerdings kein leerer linker Populismus, der die Komplexität (falsch) verkürzt. Ohne «materielle» Basis im Sinne von Angeboten, Strukturen etc. bringt dieser nichts.

2 «Nouveau Front Populaire»: Allianz (radikal) linker Kräfte, um der Fragmentierung entgegenzuwirken und gezielt antifaschistische Projekte/Kampagnen etc. über die Grenzen der eigenen Organisation oder Tendenz oder Milieus hinaus aufzubauen, anstatt zu viele Kräfte und Ressourcen auf innerlinke Differenzen zu verschwenden.

3 Grössere Präsenz in parlamentarischen Abstimmungen etc., um radikal-linke Positionen einer breiteren Gesellschaft zugänglich zu machen und deren Reichweite zu vergrössern. Mehr Reichweite für radikale Ideen kann auch vermeintlich wirkungslosen Parlamentarismus lohnenswert machen. Das Parlament nicht als sozial-reformerisches Tool, sondern als Bühne, um den Klassenwiderspruch zwischen der Lohnabhängigenklasse und dem Unternehmer:innentum verdichtend aufzuzeigen.

4 Verankerung in Quartieren, an Arbeitsplätzen und in Gewerkschaften vorantreiben! Die Utopie, von der wir träumen, soll die Wirtschaft und das soziale Leben demokratisch verwalten und an den Bedürfnissen der Menschen selbst ausrichten. In selbstorgansierten zivilen Strukturen lernen wir demokratische Selbstverwaltung und begreifen uns immer mehr als eine gemeinsame soziale Gruppe mit denselben Interessen und Problemen: der Lohnabhängigenklasse.

5 Linke und soziale Strukturen/Angebote auf dem Land aufbauen: Dafür mit bereits bestehenden Kräften (wie der Juso oder sonstigen linken Kollektiven) zusammenarbeiten, da diese sich dort auskennen und schon einen Bezugspunkt haben/sind.

6 Die Linke in einem konsequenten Internationalismus stärken: z.B. der 4. Internationalen beitreten und regelmässig die Internationalen Jugendtage besuchen, Kontakte zu linken Gruppierungen im nahen (und fernen) Ausland aktiv aufbauen. Wichtig sind hierbei nicht in erster Linie Statuten, die Zugehörigkeit zu formellen Strukturen oder offizielle interne Mailing-Listen. Vielmehr geht es darum, von den Erfahrungen anderer zu lernen. Es geht auch darum, die subjektive Sichtweise anderer linker und selbstorgansierter Organisationen als eigens Betroffene ernst zu nehmen. Und vor allem geht es darum, in der Balance zwischen den jeweiligen spezifischen inländischen Situationen und den internationalen Anforderungen eine Strategie zu entwickeln, die sowohl Autonomie als auch international zielgenaue Koordination ermöglicht.

Kämpfe von unten intersektional gegen rechts und oben verbinden

Rechtspopulist:innen und Extremist:innen mobilisieren mit Angst, Hass und Hetze und stabilisieren so ihre Macht bis in Parlamente und Regierungen hinein. Ihre menschenverachtende Rhetorik und Ideologie ist im Kern antifeministisch und queerfeindlich und geht Hand in Hand mit Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und Xenophobie. Sie richten ihr Fadenkreuz als erstes und in besonderem Ausmass auf die Rechte und Existenz von Frauen, Queers und Migrant:innen und anders rassistisch gelesenen Personen – und das nicht zufällig:

Denn es sind meist FLINTAs und Migrant:innen, die im Zentrum der weltweiten Widerstandsbewegungen gegen traditionelle Machtverhältnisse, patriarchale Gewalt und für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Klimagerechtigkeit kämpfen. Und gleichzeitig sind diese Personengruppen auch «einfache Ziele», sie werden bereits an vielen Orten systematisch unterdrückt und ausgebeutet, Vorurteile sind oft schon vorhanden und müssen nur etwas verstärkt werden

Lassen wir uns also nicht spalten, sondern schliessen wir uns zusammen: Seite an Seite gegen den Faschismus muss heissen, sich klar gegen alle diese menschenverachtenden Dimensionen zu positionieren und gemeinsam zu organisieren! Dazu gehört z.B. auch migrantischen und feministischen Strukturen eine Plattform zu geben und sie zu unterstützen. Feministischer Widerstand bedeutet kollektive Räume, Solidarität und gemeinsamer Kampf, statt Konkurrenz, Vereinsamung und Ohnmacht. Diese Bewegungen tragen antikapitalistische und utopische Perspektiven in sich und skizzieren uns eine alternative Welt: feministisch, antirassistisch, ökosozialistisch und internationalistisch.



Antifaschistischer Gegendemonstration 2022 in Zürich mit über 4000 Teilnehmenden.



Das Andere Davos 2025:

Antifa! Strategien gegen Rechts

Krisen und Kriege sind die Konsequenz des kapitalistischen Funktionierens. Die Wiederwahl von Trump zum US-Präsidenten ist gleichzeitig Ausdruck und Folge dieser Situation. Anstatt Lösungen auf die multip-len Krisen birgt der Kapitalismus gegenwärtig viel mehr die Gefahr, wieder eine faschistische Herrschaft hervorzubringen. **Der Aufstieg rechtsextremer Parteien in Europa nimmt ein erschreckendes Ausmass an.** Die Behörden sind unfähig und die Polizei ist unwillig gegen die Faschist:innen vorzugehen. Liberale und Konservative wiederum setzen zentrale Forderungen der extremen Rechten bereitwillig um.

Am Anderen Davos 2025, der alljährlichen Gegenveranstaltung zum WEF, bringen wir Aktivist:innen von der richtigen Seite der Barrikade zusammen. Unter dem Motto **«Antifa! Strategien gegen Rechts»** diskutieren wir über antifaschistischen, anti-kolonialen, feministischen und ökologischen Widerstand, um eine solidarische Alternative zu Kapitalismus und Faschismus zu entwickeln.

Die Konferenz wird organisiert von der **Bewegung für den Sozialismus (BFS/ MPS)** und findet im **Volkshaus Zürich** statt. Die Diskussionen werden auf **Deutsch, Englisch und Französisch** übersetzt. Die Plenen und die Workshops im Weissen Saal werden **live auf Youtube** gestreamt.

Über die BFS

Die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) ist eine schweizweit aktive, antikapitalistische Organisation. Seit unserer Gründung 2002 engagieren wir uns insbesondere zu Fragen der Ökologie, der Migration, des Antirassismus, des Feminismus und der Arbeitswelt. Wir intervenieren in gesellschaftliche Debatten und arbeiten aktiv in sozialen Bewegungen und Basiskollektiven mit.

Die BFS hat Sektionen in Zürich, Basel, in der Romandie und im Tessin.

Auch in anderen Städten wie Bern gibt es immer wieder Lesegruppen und andere Projekte. Wir diskutieren offen, international und orientiert an den sozialen Bewegungen. Wir vernetzen uns, organisieren uns selbstständig und wollen Räume schaffen, in denen Sexismus, Rassismus, Homo- und Transphobie keinen Platz haben. Organisiere dich mit uns!

Wenn du mehr über uns erfahren und/oder dich an unseren Aktivitäten beteiligen möchtest, freuen wir uns über deine Kontaktaufnahme.

sozialismus.ch

BFS Zürich | info@bfs-zh.ch
BFS Basel | basel@sozialismus.ch
BFS Romandie | meps@socialisme.ch
BFS Tessin | meps.ti@bluewin.ch

[f](#) [x](#) [t](#) [i](#) [d](#)

bfs
Bewegung für
den Sozialismus